

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1952

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Stagnation in den Konsumgüterindustrien — Voraussichtlich leichte Besserung im Herbst

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Zur Einschränkung des Weinbaues — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Leichte Festigung der internationalen Rohwarenmärkte

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Stagnation in den Konsumgüterindustrien — Voraussichtlich leichte Besserung im Herbst

Die Investitionsgüterindustrien, die Bauwirtschaft und mit Abstand der Fremdenverkehr sind gegenwärtig die Hauptstützen der österreichischen Konjunktur; sie haben bisher die österreichische Wirtschaft vor einem stärkeren, alle Zweige umfassenden Konjunkturrückschlag bewahrt.

Dagegen haben die Konsumgüterindustrien ihre Produktion weiter einschränken und Arbeitskräfte entlassen müssen. Neben den amtlich vorgemerkten Stellensuchenden gibt es bereits wieder zahlreiche „unsichtbare“ Arbeitslose, die sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden. Auch die Einzelhandelsumsätze haben sich bisher noch nicht stärker belebt, obwohl viele Geschäfte Saisonräumungsverkäufe durchgeführt und ihre Preise zum Teil bedeutend herabgesetzt haben.

Dessenungeachtet deutet manches darauf hin, daß die Wirtschaft in den Sommermonaten ihren Tiefstand überschritten haben dürfte und im Herbst wieder eine mäßige Konjunkturbelebung erwartet werden kann. Da die Konsumenten in den letzten

Monaten vielfach dringliche Käufe zurückstellten und daher gegenwärtig insgesamt über größere Barreserven verfügen als zu Jahresbeginn, ist anzunehmen, daß sie, ähnlich wie in anderen Ländern, in absehbarer Zeit wieder bereit sein werden, in stärkerem Maße Waren nachzuschaffen. Eine Belebung im Einzelhandel würde über kurz oder lang aber auch die Nachfrage in den Konsumgüterindustrien anregen. Dank der Freigabe namhafter Beträge aus dem Counterpart-Fonds scheinen zunächst auch die Investitionsgüterindustrien noch ausreichend beschäftigt, obwohl die Auslandshilfe zurückgeht und den Unternehmern bedeutend weniger Eigenmittel für Investitionen zur Verfügung stehen als während der inflationistischen Entwicklung der letzten Jahre.

Die aus der Binnenwirtschaft stammenden Auftriebskräfte würden vermutlich für eine Konjunkturbelebung nicht ausreichen, wenn nicht die österreichische Wirtschaft gleichzeitig vom Auslande her stärkere Impulse erhielte. Vor allem in den USA zeichnet sich deutlich eine Konjunkturbelebung ab.

Die Verbraucher beginnen nach mehr als einjähriger Zurückhaltung wieder stärker Konsumgüter nachzufragen, der Einzelhandel beginnt seine Lager abzubauen und gibt bereits größere Herbstbestellungen auf. Die Betriebe investieren mehr als 1951, die Bautätigkeit ist außerordentlich lebhaft, und die Rüstungsausgaben steigen von Monat zu Monat. Produktion und Einkommen in den USA dürften daher im Jahre 1952 einen neuen Höhepunkt erreichen. Aber auch die Wirtschaft einiger europäischer Länder erhält von den Konsumgütermärkten her einen neuen Auftrieb, der allerdings vielfach noch durch eine vorsichtige Geld- und Kreditpolitik gebremst wird, die mit Rücksicht auf die Schwächen der Zahlungsbilanz nur zögernd aufgegeben wird.

Sollte sich aus diesen Ansätzen ein echter Aufschwung der gesamten Weltkonjunktur entwickeln, so würden davon nicht nur die unmittelbar für den Export arbeitenden Industrien, sondern mehr und mehr auch alle übrigen Zweige profitieren. So konnte in den vergangenen Jahren vielfach beobachtet werden, wie sich der Aufschwung auf einigen Gebieten über alle Grenzen mehr oder minder auch auf alle anderen Wirtschaftszweige übertrug und wie schließlich eine Gleichförmigkeit der internationalen Konjunkturentwicklung zustande kam, die vielfach nur psychologisch erklärt werden kann. Selbst Länder, die in hohem Maße eine autonome Konjunkturpolitik trieben, wie z. B. Österreich durch seine Preis-Lohn-Abkommen, wurden von der allgemeinen internationalen Strömung erfaßt. Aber auch ein neuer internationaler Konjunkturaufschwung wird die österreichische Wirtschaft nicht der Notwendigkeit entheben, die vielfach verlorene Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportwirtschaft durch Steigerung der Produktivität und verschiedene exportfördernde Maßnahmen, nicht zuletzt durch Anpassung des Wechselkurses, wiederherzustellen.

In der *Industrie* überwogen im Mai und Juni erstmalig konjunkturdämpfende Einflüsse. Der Index der gesamten Industrieproduktion ging im Mai, entgegen den Saisonerwartungen um 2% auf 171% von 1937 zurück; der seit Februar unveränderte saisonbereinigte Produktionsindex sank sogar um 6%. Die Gesamtproduktion war nur deshalb noch

um 6,6% höher als im Mai 1951, weil der Mai heuer zwei Arbeitstage mehr hatte als im Vorjahr. Pro Arbeitstag gerechnet, lag die gesamte Industrieproduktion bereits knapp unter dem Vorjahresstand. Im Juni haben Absatzschwierigkeiten, Urlaube und die geringere Zahl der Arbeitstage (23 gegen 25 im Mai) das Produktionsniveau weiter gedrückt.

Die rückläufige Tendenz der Industrieproduktion geht ausschließlich auf die anhaltende Stagnation auf den Konsumgütermärkten zurück. Während die Produktion von Investitionsgütern vorwiegend wegen des saisongemäßen Aufschwunges in den Metallhütten und in der Baustoffindustrie auch im Mai noch um 1,3% stieg, erzeugten die Konsumgüterindustrien um 6,2% weniger als im April und, je Arbeitstag gerechnet, um 12% weniger als im Mai 1951. Besonders ungünstig ist die Lage in der Textilindustrie. Sie hat ihre Produktion seit Herbst 1951 um über 30% eingeschränkt und im Mai und Juni je Arbeitstag nur 88 und 83% von 1937 erzeugt, um 19% und 22% weniger als in den gleichen Monaten im Jahre 1951. Ähnlich ist die Lage in der chemischen, Leder- und Schuh-, Papier- und in der Elektroindustrie, die im Mai d. J. um 20%, 15%, 10% und 4% weniger erzeugten als im Mai vorigen Jahres.

Vereinzelt haben sich die Absatzchancen der Konsumgüterindustrien bereits etwas gebessert. In der Bekleidungsindustrie gehen die Aufträge nicht mehr zurück, in der Schwachstromindustrie hat sich die Nachfrage etwas belebt, die Baumwollindustrie erhält teilweise größere Bestellungen an Winterware und erwartet höhere Exportaufträge. Im ganzen jedoch disponiert der Großhandel noch sehr vorsichtig und kauft nur kleine Mengen von Waren, die gerade gebraucht werden. Die Baumwollspinner und Baumwollweber beabsichtigen, ihre Produktion für den Inlandsmarkt einheitlich auf 50% der Gesamtproduktion des Jahres 1951 einzuschränken. Sollten auch andere Industriezweige versuchen, dem Druck auf die Preise durch eine Beschränkung des Angebotes auszuweichen, dann besteht allerdings wenig Aussicht, die Schwäche der Konsumgütermärkte in absehbarer Zeit zu überwinden.

Die Hoffnungen, der bessere Geschäftsgang im *Einzelhandel* im April und Mai deute auf eine an-

haltende Belebung der privaten Nachfrage hin, haben sich im Juni nicht erfüllt; die Wertumsätze gingen in diesem Monat übersaisonmäßig um 15% zurück, die Mengenumsätze lagen um etwa 15% niedriger als im Juni 1951. Besonders Textilien und Schuhe wurden weniger gekauft. Für diesen Rückgang lassen sich wohl besondere Gründe anführen: Das Wetter war besonders schlecht und der Juni hatte um zwei Verkaufstage weniger als der Mai. Es ist auch denkbar, daß wegen der hohen Zahl von Sonn- und Feiertagen mehr für Reisen, Vergnügungen und Gaststättenbesuche, also für Güter und Leistungen ausgegeben wurde, die nicht der Einzelhandel verkauft. Sicher ist jedoch die Belebung der Umsätze in Österreich schwächer als etwa in den USA oder in Westdeutschland, wo man auf Grund des besseren Geschäftsganges im Einzelhandel bereits mit einem neuen Aufschwung der Konsumgüterproduktion rechnet. Auch die Räumungsverkäufe zu Saisonschluß brachten — nach einem Bericht der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft — nur in Warenhäusern den erwarteten Erfolg, während sich die Umsätze in Fachgeschäften kaum hoben, obwohl die Preise teilweise beträchtlich gesenkt wurden.

Die Stagnation der Konsumgüterproduktion dämpfte auch den Saisonaufschwung auf dem *Arbeitsmarkt*. Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* ging im Juni und Juli nur um 5.500 und 2.000 zurück gegen 17.200 und 6.600 im Jahre 1951. Ende Juli wurden 116.900 Arbeitslose gezählt, um 42.500 mehr als im Vorjahr. Mehr Beschäftigungslose gab es vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie, Holz- und Lederindustrie. Im Baugewerbe hingegen hat die Arbeitslosigkeit, gegenüber Juli 1951, nur um 6.700 zugenommen, obwohl gerade dieser Zweig durch die inflationistische Entwicklung der letzten Jahre eine Überbeschäftigung aufgewiesen hatte. Da die für Bauzwecke verfügbaren Mittel auch heuer überwiegend im Sommer verbaut worden sein dürften, wird befürchtet, die Baukonjunktur könnte im Herbst vorzeitig abreißen.

Die Zahl der *Beschäftigten* nahm im Juli um 2.800 zu (im Vorjahr um 15.400) und erreichte zu Monatsende einen Stand von 1.979.700, um 54.800 weniger als Ende Juli 1951. Da die Zahl der Arbeits-

losen zum gleichen Zeitpunkt nur um 42.500 den Vorjahresstand unterschritt, werden gegenwärtig weniger Arbeitskräfte (Beschäftigte und Arbeitslose) statistisch erfaßt als im Jahre 1951. Es ist jedoch ganz unwahrscheinlich, daß das Angebot an Arbeitskräften tatsächlich zurückgegangen ist. Auf Grund der hohen Zahl von Schulentlassungen ist vielmehr das Gegenteil zu erwarten. Tatsächlich dürften sich viele Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben oder die Aussichten auf Vermittlung eines zusagenden Arbeitsplatzes ungünstig beurteilen, nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden.

Die *Preise* sind im Juli leicht zurückgegangen. Der Index der Großhandelspreise sank von Mitte Juni bis Mitte Juli dank saisonmäßigen Verbilligungen bei Nahrungsmitteln um 1,8% (von 842 auf 827; März 1938 = 100). Der hauptsächlich Rohstoffe umfassende Index für Industriestoffe blieb hingegen unverändert; Preissenkungen für Jute, Flachs und Holz wurden durch Preissteigerungen für Stabeisen, Grobbleche, Steinkohle, Koks und Wolle kompensiert. Industrielle Halb- und Fertigwaren dürften auch im Juli vielfach billiger geworden sein. Besonders in den Konsumgüterindustrien versuchten viele Betriebe durch Preissenkungen den Absatz zu beleben. Da die Betriebe dieses Mal individuell vorgingen, kann über das Ausmaß der Preisrückgänge keine verlässliche quantitative Aussage gemacht werden. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes ging von Mitte Juni bis Mitte Juli um 2,3% (von 711,0 auf 694,3; März 1938 = 100) zurück. Obst und Gemüse wurden saisongemäß etwas billiger, ebenso die Preise für Fleisch, Filz und Seife. Dagegen wurden Bohnenkaffee, Hülsenfrüchte, Eier, Steinkohle und Koks teurer.

Obwohl die Industrieproduktion stagniert und die Preise nachgeben, steigt der Bedarf der Wirtschaft an *Betriebskredit*. Viele Betriebe suchen, auch bei rückläufigem Absatz, mit Hilfe von Bankkrediten ihre Produktion aufrechtzuerhalten. Zum Teil ist die hohe Nachfrage nach Krediten eine Folge der schleppenden Zahlungsweise des Staates, der nicht nur den Investitionsgüterindustrien größere Beträge schuldet, sondern auch Subventionen durch Bankkredite vorfinanzieren ließ. Die Kreditinstitute haben dem ver-

stärkten Druck der Wirtschaft weitgehend nachgegeben und im Juni zusätzlich 340 Mill. S *kommerzielle Kredite* gewährt. Das Volumen der Kommerzkredite ist dadurch im II. Quartal 1952 um 5'6% gestiegen, gegen 5'1% im I. Quartal und 2'5% im IV. Quartal 1951.

Durch Ausweitung der kommerziellen Kredite nahm im Juni das gesamte *Geldvolumen* um 80 Mill. S zu, obwohl sich auf dem Counterpart-Konto ein beträchtlicher Einzahlungsüberschuß ergab. Das Geldvolumen war zu Monatsende mit 17.699 Mill. S um fast 1 Mrd. S höher als am Beginn der Stabilisierungsbemühungen Ende Oktober 1951. Im Juli dürfte der gesamte Geldumlauf weiter gestiegen sein (der Notenumlauf allein nahm um 75 Mill. S zu).

Für die Beurteilung der Währungslage ist interessant, daß seit Oktober 1951 ausschließlich der Bargeldumlauf¹⁾ gestiegen ist (Ende Juni 1952 waren mit rund 8.331 Mill. S bereits um 1.211 Mill. S oder um 17% mehr Bargeld im Umlauf als Ende Oktober 1951). Dagegen sind die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten praktisch stabil geblieben und die freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank sogar beträchtlich zurückgegangen. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Bargeldumlaufes

¹⁾ Noten plus Teilmünzen minus Kassenbestände bei den Kreditinstituten.

am gesamten Geldvolumen von 42'2% Ende Oktober 1951 auf 47'1% Ende Juni 1952. Da Bargeld vorwiegend in privaten Haushalten gehortet wird, während die Betriebe ihre Zahlungen meist über Scheckkonten abwickeln, dürften seit Herbst 1951 vorwiegend die Barmittel privater Haushalte zugenommen haben, eine Vermutung, die durch den seit vielen Monaten zu beobachtenden „Käuferstreik“ gestützt wird. Dagegen dürfte die Liquidität der Betriebe und öffentlichen Haushalte eher abgenommen haben, was umgekehrt erklärt, warum sich viele Betriebe trotz steigendem Geldvolumen in Zahlungsschwierigkeiten befinden.

Im *Außenhandel* stieg das Exportvolumen von 93% von 1937 im Mai auf 104% im Juni, während das Importvolumen mit 114% von 1937 unverändert blieb. Da gleichzeitig die Exportpreise zurückgingen und die Importpreise anzogen, vergrößerte sich das Defizit in der Handelsbilanz von 405 Mill. S auf 454 Mill. S; allein im kommerziellen Verkehr erhöhte sich der Einfuhrüberschuß von 205 Mill. S auf 282 Mill. S. Im Juli dürfte sich allerdings die Zahlungsbilanz etwas entspannt haben. Die Abrechnung mit der EZU ergab in diesem Monat erstmalig seit ihrem Bestehen, vor allem dank den hohen Einnahmen aus dem Ausländer-Fremdenverkehr, einen Überschuß zugunsten Österreichs von 6'1 Mill. Dollar.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Das zirkulierende Geldvolumen ist auch im Juni gestiegen. Da jedoch trotz stagnierender Industrieproduktion auch der Preisdruck anhielt, ist anzunehmen, daß sich gleichzeitig die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes weiter vermindert hat. Nach den Berechnungen des Institutes war das Geldvolumen (Barbestände der Kreditinstitute)¹⁾ Ende Juni mit 17.699³ Mill. S um 80 Mill. S größer als Ende Mai. Von den einzelnen Komponenten sind der *Banknoten*umlauf um 143 Mill. S auf den neuen Rekordstand von 8.491 Mill. S, der *Teilmunzen*umlauf um 1 Mill. S und die *freien öffentlichen Nationalbankgiroguthaben* um 9 Mill. S gestiegen, während die *Scheckeinlagen* um 73 Mill. S sanken.

Im Gegensatz zu den Vormonaten hat der „kurzfristige“ Staatskredit (Begebung von Schatzscheinen an den Kreditapparat) im Juni das Geldvolumen

¹⁾ Die sterreichische Nationalbank weist neuerdings ebenfalls das Geldvolumen nach angelsächsischer Methode aus. Darunter wird jenes Geldvolumen verstanden, das für die Nachfrage unmittelbar relevant ist – also das „Geld außerhalb der Geldinstitute“, oder das „nicht Geldinstituten gehörende Geld“. Es ergibt sich aus: Bargeld (samt Teilmunzen) plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank (ohne Guthaben von Kreditinstituten) plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten (ohne Zwischenbankeinlagen) minus Barkassenbestand der Kreditinstitute.

Ende Mai 1952 betrug das so von der Nationalbank berechnete zirkulierende Geldvolumen 17.619⁵ Mill. S und bestand aus:

	Mill. S
Banknoten	8.547 ⁸
plus Teilmunzen	+ 155 ⁷
plus freie Nationalbankgiroguthaben öffentlicher Stellen	+ 369 ⁸
plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten (ohne Zwischenbankeinlagen)	+ 9.062 ⁸
minus Kassenbestände der Kreditinstitute	– 316 ⁶
	17.619 ⁵

Das bisher vom Institut für Wirtschaftsforschung berechnete zirkulierende Geldvolumen ließ mangels Daten den Teilmunzenumlauf und die Kassenbestände der Kreditinstitute unberücksichtigt. Der Einfluß des Teilmunzenlaufes und der Kassenbestände sind aber besonders bei einer monatlichen Betrachtung gering. Das vom Institut berechnete Geldvolumen bewegt sich praktisch gleichlaufend mit dem nun von der Nationalbank berechneten (z. B. ist das eine von Ende Dezember 1949 – vor Korea – bis Mai 1952 um 4.850 Mill. S oder 37⁵%, das andere um 4.789 Mill. S oder 37³% gestiegen). Das Institut wird aber im Tabellenteil seiner Monatsberichte nunmehr das von der Nationalbank neu ausgewiesene Geldvolumen (einschließlich Teilmunzenumlauf und ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) aufnehmen. Da jedoch die Kassenbestände der Kreditinstitute aus statistischen Gründen erst später verfügbar sind als die anderen Größen zur Berechnung des Geldvolumens, muß diese im Berichtsmonat unter der Annahme gegenüber dem Vormonat unveränderter Kassenbestände erfolgen.

nicht mehr vermehrt – im Gegenteil, der Stand der begebenen Bundesschatzscheine hat sogar etwas abgenommen. Den allein expansiven Faktor stellte die Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens (Gesamtkreditvolumen ohne Aufbaukredite) um 340 Mill. S²⁾ dar. Eine Reihe von restriktiven Faktoren, vor allem die Counterpart-Gebahrung, hat jedoch verhindert, daß sich die gesamte Ausweitung des kommerziellen Kredites als gleich große Geldvolumenzunahme auswirkte. Die Counterpart-Konten (Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ im Nationalbankausweis) wiesen einen positiven Saldo von 143 Mill. S aus, wozu noch 4 Mill. S zuzurechnen sind, die – im Saldo schon als Ausgang berücksichtigt – nicht wie die anderen Ausgänge in das Geldvolumen eingeströmt sind; sie wurden vielmehr, da sie für Aufbaukredite bestimmt sind, zunächst von der Forderung an den Bundesschatz abgebucht. Von der Summe müssen die tatsächlich von den Kreditinstituten gegebenen Aufbaukredite – im Juni stieg ihr Stand nur um 25 Mill. S – abgezogen werden, um die quantitative Wirkung der Counterpart-Gebahrung auf den Geldumlauf zu errechnen. Das ergibt einen restriktiven Nettoeffekt in Höhe von 122 Mill. S. Die Zunahme der Spareinlagen bei den Kreditinstituten hat dem Geldumlauf 56 Mill. S entzogen, der Überschuß der Verkäufe von Devisen gegen Schillinge über die Ankäufe (Abnahme des Gold- und Devisenbestandes der Nationalbank) 82 Mill. S. Schließlich wirkte die erwähnte Schatzscheintilgung mit 10 Mill. S restriktiv.

Die Mittel für ihre beträchtliche Kreditexpansion konnten sich die Kreditinstitute im Juni bei der *Notenbank* verschaffen, deren Handelswechselportfeuille um 435 Mill. S auf einen Rekordstand von 1.933 Mill. S stieg und die außerdem Aufbauwechsel im Betrage von 35 Mill. S eskontierte. Außer zur Kreditausweitung (kommerzielle Kredite um 340 Mill. S, Aufbaukredite um 25 Mill. S) verwendeten die Kreditinstitute die von der Notenbank erhaltenen Mittel zur Erhöhung ihrer freien Nationalbankgiroguthaben (um 79 Mill. S auf 312 Mill. S), zur Rücklösung eskontierter Schatzscheine (§ 27 WSchG 9 Mill. S, § 2, 1 b der Novelle zum Notenbankuberleitungsgesetz 1 Mill. S) und zur Barauszahlung an die Einlagenkundschaft (die gesamten Einlagen bei den Kreditinstituten sind im Juni – trotz Spareinlagenzunahmen um 56 Mill. S – um 18 Mill. S zurückgegangen, weil die Abhebungen von den Scheckkonten die Einzahlungen um 73 Mill. S übertrafen).

Die Fortsetzung der Kreditexpansion im 1. Halb-

²⁾ Davon 107³ Mill. S Vorschüsse für Aufbaukredite.

jahr 1952 und insbesondere die merkliche Beschleunigung im Juni zwangen zu einer *Verschärfung der Kreditpolitik*. Diese Maßnahmen sind im letzten Monatsbericht (Seite 158 f.) besprochen worden. Außerdem sollen sich die Banken auch verpflichtet haben, den kommerziellen Kreditrahmen mit Ausnahme der Exportkredite nicht über den Stand von Ende Juni 1952 steigen zu lassen. Auch bezieht die Nationalbank 50% der Eskonte für Exportkredite in das Eskontvolumen ein, das sie für Großenreicher auf dem bisherigen Höchststand gestoppt hat. Wenn auch unter diesen Bedingungen noch eine Kreditexpansion möglich erscheint¹⁾, so könnte sie doch nur sehr begrenzt sein; das gilt allerdings nur, wenn der Bund — der sich freie Hand gelassen hat²⁾ — keine rediskontierbaren (oder in die Primärliquidität einrechenbaren, nicht eskontfähigen) Schatzscheine begibt. Denn dadurch würde nicht nur direkt das zirkulierende Geldvolumen erhöht werden, sondern es könnten auch die durch den kurzfristigen Staatskredit geschöpften Scheckeinlagen neue kommerzielle Kredite ermöglichen. Die Strenge der neuen Kreditmaßnahmen ist aber bereits durch „Ausnahmegenehmigungen“ gemildert worden. So mußte sich die Nationalbank bereit erklären, vom Eskontstop Wechsel zur Finanzierung der inländischen Ernte an Brotgetreide, Industrie- und Braugerste, Industriekartoffeln und Zuckerrüben sowie der erforderlichen Ergänzungseinfuhren an Brotgetreide und Futtermitteln bis zum Betrage von 300 Mill. S auszunehmen. Auch die zwischen Finanzministerium, Banken und den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften abgeschlossenen Kreditabkommen wurden dahingehend modifiziert, daß die außerhalb des Rediskontplafonds der Nationalbank refinanzierten Wechsel nicht in den Kreditplafond eingerechnet werden, der durch die Abkommen vorgesehen war. Außerdem sollen die zusätzlichen Erntekredite erst relativ spät, nämlich „mit dem Abverkauf der Ernteerzeugnisse, also im Frühjahr 1953“, wieder zurückfließen.

Berücksichtigt man, daß auch die Counterpart-

¹⁾ Der Kreditrahmen (Kreditvolumen plus nicht ausgenutzte Kreditzusagen) läßt für ein Steigen des Volumens der ausgenutzten Kredite einen gewissen Spielraum. Beim Rediskontstop wiederum deutet die Bestimmung, daß der bisherige Höchststand (entweder Mitte oder Ende Dezember 1951 oder Ende Juni 1952) als Grenze gilt, darauf hin, daß ein Teil der Institute am 30. Juni 1952 den bisherigen Höchststand nicht erreicht hat.

²⁾ Schatzscheinkredite an den Staat unterliegen nicht dem Kreditstop; ebenso bezieht sich der Rediskontstop der Nationalbank nicht auf eskontfähige Schatzscheine. Auch im Kreditabkommen zwischen Finanzministerium und Banken sind Schatzscheinkredite stillschweigend ausgenommen.

Gebarung im 2. Halbjahr 1952 — im Gegensatz zum 1. Halbjahr — expansiv wirken wird (Freigabe von 1.500 Mill. S plus eventuell 300 oder 500 Mill. S, gegenüber einer Freigabe von nur 400 Mill. S im 1. Halbjahr 1952), und daß auch die Spareinlagenzunahme gegenüber dem I. Quartal übersaisonnmäßig nachgelassen hat, so erscheint — sollte sich nicht die Geldumlaufgeschwindigkeit unerwartet stark verlangsamen — zumindest die Gefahr einer deflationistischen Entwicklung weitgehend gebannt.

Gleichzeitig mit den direkten kreditpolitischen Eingriffen wurde die *Bankrate* neuerlich — von 5% auf 6% — erhöht, was z. B. die Kreditkosten für kurzfristige Kredite von 10% p. a. auf 11% steigen ließ. Die Bankratenerhöhung hat es ermöglicht, die *Spareinlagenzinssätze* um 0,5% hinaufzusetzen. Diese Erhöhung ist zwar geringer als die Bankratenerhöhung und hat daher die Bankenrentabilität ohne Zweifel verbessert (auch die Tatsache, daß die Scheckeinlagenverzinsung nicht erhöht wurde, wirkt in gleicher Richtung); andererseits weisen die Institute mit einer gewissen Berechtigung darauf hin, daß sie allzu starke Zinsschwankungen bei Einlagen vermeiden und sich die Möglichkeit sichern wollen, bei einer eventuellen Ermäßigung der Bankrate den Einlagenzins nicht in gleichem Ausmaß zu senken oder ihn sogar unverändert zu halten. Auch drückt eine konsequent durchgeführte Kreditrestriktion (oder ein Kreditstop) fühlbar auf die Rentabilität der Institute, deren Bilanzsummen bisher praktisch ununterbrochen gestiegen sind.

Der *Kapitalmarkt* hat auf die neuerliche Bankratenerhöhung noch kaum reagiert (die Spareinlagen-erhöhung tritt erst am 7. August in Kraft). Wenn die Kurse festverzinslicher Werte — einschließlich der Aufbauanleihe — weiter rückläufig waren, so war das größtenteils noch auf die Emission höherverzinslicher Reihen der Pfandbriefinstitute zurückzuführen. Der *Kursindex festverzinslicher Werte* sank von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,4% (von 77,9 auf 76,8; März 1945 = 100) und unterschritt damit den Vorjahresstand (Juli 1951 90,9) bereits um 15,5%. Die 5%ige *Aufbauanleihe 1949* erlitt von Juni auf Juli 1952 einen Kursverlust um 4,6% (von 80,75 S auf 77 S per 100 S Nominale). Der Kurs der 2%igen *Bundesschuldverschreibungen 1947* hingegen stieg — im Hinblick auf den Vermögens- bzw. Vermögenszuwachsabgabetermin (Juli) — bis Mitte Juli von 49 auf 50,90 S per 100 S Nominale. Die *Spareinlagen* bei den Kreditinstituten erhöhten sich im Juni um 56 Mill. S. Das ist zwar bedeutend mehr als im gleichen Vorjahresmonat (16 Mill. S), der Zuwachs blieb aber im Vergleich zu

den Spareinlagenzuwächsen im I. Quartal 1952 doch unter den saisonmäßigen Erwartungen. Auf dem Aktienmarkt hat sich nach der kurzen Erholung im Vormonat im Juli wieder eine sinkende Kurstendenz durchgesetzt. Der *Kursindex von 36 Industrieaktien* fiel um 3·9% (von 405·0 auf 389·3; März 1938 = 100) und erreichte damit einen neuen Jahrestiefstand (lag aber immer noch um 40·5% über dem Kursniveau des gleichen Vorjahresmonats). Rückläufig waren vor allem die Kurse von Brauaktien (6·4%), von Papieraktien (5·3%), Metallindustrieaktien (7·7%), Aktien des Magnesitbergbaus (4·3%) und Aktien der Elektrizitätserzeugung (8·8%), während – vielleicht der leichten Belebung in der Textilwirtschaft entsprechend – Textilindustrieaktien sogar etwas (um 3·1%) anzogen.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

In der Berichtsperiode – Mitte Juni bis Mitte Juli 1952 – haben sich auch auf bisher stabilen Märkten Preissenkungen durchgesetzt. Manche Warengruppen blieben davon freilich noch immer unberührt und einige bisher besonders stark gesunkene Preise konnten sich sogar etwas erholen.

Die Rohstoffpreise sind mit wenigen Ausnahmen – z. B. Holz – nicht mehr gesunken. Teilweise haben Rohstoffpreise sogar leicht angezogen (z. B. Wolle). Die Holzpreise, die seit der Zeit vor Ausbruch der Korea-Krise (Juni 1950) einen besonderen Auftrieb hatten (bis Jänner 1952 Preissteigerung bei Bau- und Nutzholz durchschnittlich 135·7%), sinken trotz der preispolitischen Maßnahmen der Interessenorganisationen, vor allem wegen des Rückganges der Holz- und Papierausfuhr weiter. Der *Gruppenindex für Industriestoffe* des vom Statistischen Zentralamt berechneten Großhandelspreisindex ist von Mitte Juni bis Mitte Juli praktisch unverändert geblieben (– 0·1%), da sich die Preisbewegungen kompensierten. Gestiegen sind die Preise von Stabeisen und Grobblechen, Steinkohle und Koks¹⁾ sowie von Wolle. Die Preise von Jute und Flachs sowie Bau- und Nutzholz sind gefallen. Der *Gruppenindex für Nahrungs- und Genußmittel* sank etwas stärker (um 2·8%), weil saisonbedingten Ermäßigungen der Großhandelspreise für Weizen, Roggen und Kartoffeln sowie einer Verbilligung von Schweinefleisch nur eine – vorwiegend mit dem Außenhandelsverfahren zusammenhängende – Verteuerung von Kaffee gegenüberstand. Der *Gesamindex der Großhandelspreise* ging um 1·8% (von 842 auf 827; März 1938 = 100) zurück.

¹⁾ Wegen der Umsatzsteuererhöhung.

Bei Halbfabrikaten und Fertigwaren – weniger bei Investitions- als bei Konsumgütern – bröckeln die Preise unter dem Druck der Absatzschwierigkeiten weiter ab. Die Preissenkungen werden aber immer noch zögernd vorgenommen. Jede Verarbeitungs- bzw. Handelsstufe wartet erst auf Verbilligungen der Vorstufe und versucht, zunächst selbst von den Verbilligungen zu profitieren, obwohl der eigene Absatz sogar zu vorfristigen Preissenkungen Anlaß geben müßte. Teilweise haben aber auch die neuen fiskalischen Belastungen einen zu großen Teil der Marge für potentielle Preissenkungen ausgefüllt. Einige Preise sind aber doch fühlbar herabgesetzt worden (z. B. Seife, Stoffe und Qualitätsschuhe). Konfektionierte Fertigwaren wurden vorwiegend erst im Rahmen von saisonmäßigen Lagerräumungen verbilligt.

Nach der Erhöhung im Vormonat ist der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) im Juli leicht zurückgegangen (um 2·3%, von 711·0 auf 694·3; April 1938 = 100). Obst und Gemüse wurden saisongemäß billiger, der Kartoffelpreis blieb unverändert. Niedriger als im Juni waren auch die Preise von Schweinefleisch (3·6%), Speckfilz (4·7%) und Kalbfleisch (1·9%). Von den im Index erfaßten industriellen Fertigwaren hat sich Seife um 14·9% verbilligt²⁾. Ferner ist der Preis von freiem Zucker (um 8%) und von freiem Speiseöl zurückgegangen, deren Preise für die Kosten der Lebenshaltung deshalb eine Rolle spielen, weil Zucker und Öl wegen der knappen Rationen auch zu freien Preisen gekauft werden³⁾. Dagegen stiegen die Preise für Eier (saisonbedingt um 4·5%), Bohnenkaffee (7·1%), Hülsenfrüchte (4·2%) sowie Steinkohle und Koks (um 1·7 bzw. 0·2%).

Die reagiblen Preise haben sich mit Ausnahme des Silberpreises im Berichtszeitraum nicht geändert. Der Rückgang des Silberpreises (infolge des erhöhten Angebotes) ließ den Index der *freien Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum geringfügig (von 524·3 auf 522·6; März 1938 = 100) sinken. Die „schwarzen“ Devisenkurse fielen von Ende Mai bis Ende Juni hauptsächlich wegen der stärkeren Nachfrage mit Beginn der Fremdenverkehrssaison um 2·2%. Aus dem gleichen Grund stieg der freie Schillingkurs in Zürich zur selben Zeit von 15·05 sfr per 100 S auf 15·20 sfr.

Die Tariflöhne und -gehälter in Industrie und

²⁾ Infolge mehrmaliger Preissenkung ist die Seife bereits um 30·5% billiger als im Oktober 1951 (Höchststand).

³⁾ Der Index der Lebenshaltungskosten berücksichtigt nur die offiziellen Preise für die rationierten Mengen.

Gewerbe blieben auch von Mitte Juni auf Mitte Juli praktisch unverändert. Es werden vielfach Verbesserungen von Kollektivvertragsbestimmungen (die nicht direkt die Tarife betreffen) angestrebt. In der Landwirtschaft wurden jedoch auch Tariflohnforderungen (teilweise durch Streik) durchgesetzt. Z. B. erhalten die Landarbeiter der Gutsbetriebe in Wien, Niederösterreich und Burgenland eine Erntezulage von 600 S, die in Oberösterreich 400 S und die in Salzburg 35% des Gesamt-Bruttolohnes (ohne Wert des Grunddeputates). Die Barlöhne in der Steiermark wurden um etwa 4% erhöht (nunmehr 90% der Lohngruppe I für Niederösterreich gegen bisher Lohngruppe II) und in Kärnten um rund 1 bis 4%. In den bäuerlichen Betrieben erhalten die Landarbeiter z. B. in Oberösterreich eine Erntezulage in der Höhe eines Bruttomonatsbarlohnes, in der Steiermark die gleichen Barlöhne wie die landwirtschaftlichen Gutsarbeiter abzüglich 10%.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Im Gegensatz zum Vorjahr konnte die Nachfrage nach Fleisch auch im Juli aus dem laufenden Angebot ausreichend gedeckt werden¹⁾. Das statistisch erfaßte Angebot an Fleisch in Wien nahm gegenüber Juni zwar um 9% ab, war aber doch um etwa 35% höher als im Juli 1951. (Tatsächlich war das Angebot heuer nicht um so viel höher, da im Vorjahr die Fleischhauer mehr Ware als jetzt außerhalb des Marktes bezogen.) Die relativ — im Vergleich zum Vorjahr — gute Fleischversorgung ist nicht nur einer höheren Inlandsaufbringung (insbesondere von Schweinen), sondern auch größeren Importen zu verdanken. Während im Juli 1951 keine Schweine und nur 208 Rinder aus dem Ausland nach Wien geliefert wurden, hat man in diesem Jahr 2.495 Schweine und 753 Rinder (aus Jugoslawien) importiert.

Zufuhren von Schlachtvieh und Fleisch nach Wien¹⁾

		Rinder		Schweine ²⁾		Kälber ²⁾	Fleisch
		insgesamt	dav. Ausland	insgesamt	dav. Ausland		
1951	V.	1.366	—	10.681	255	2.264	1.314
	VI.	1.092	—	8.850	10	2.620	891
	VII.	1.178	52	6.910	—	2.203	695
1952	V.	1.516	127	10.944	83	2.537	1.363
	VI.	1.213	101	11.587	469	2.518	1.222
	VII.	1.386	188	9.983	624	2.627	987

¹⁾ Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Lebend und gestochen.

³⁾ Wegen der größeren Arbeitslosigkeit, des schwächeren Fremdenverkehrs und der außergewöhnlichen Hitze dürfte im Juli dieses Jahres die Nachfrage nach Fleisch allerdings schwächer gewesen sein als im Vorjahre.

Die vorsorglich angelegten Fleischvorräte von 3.100 t (2.500 t für Wien, 100 t für Niederösterreich und 500 t für die westlichen Bundesländer), mit deren Verkauf man ursprünglich schon im Juli beginnen wollte, wurden bisher kaum angegriffen²⁾. Es sind daher noch genügend Vorräte verfügbar, um den für September zu erwartenden Saisontiefpunkt der inländischen Schweineanlieferung überbrücken zu können. Die längere Lagerung verursacht wohl zusätzliche Lagerkosten, denen aber voraussichtlich höhere Erlöse gegenüberstehen dürften, da die Vorräte gegenwärtig nur zu gedrückten Preisen in größerem Umfang abgesetzt werden könnten³⁾.

Nachdem die Beschränkungen im Fleischverkauf und in der Wursterzeugung schon im Mai gelockert worden waren, konnten sie dank der günstigen Versorgungslage ab 23. Juli — zunächst bis Ende September — ganz aufgehoben werden. Da das Fleischangebot saisongemäß bereits im Oktober zuzunehmen pflegt, dürften, sofern sich die Nachfrage nicht unerwartet stark erhöht, auch weiterhin keine Verbrauchsbeschränkungen erforderlich sein.

Während die Fettindustrie bisher fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen war, wurden in diesem Jahr unerwartet rund 12.000 t inländischer Raps (etwa 4.500 t Reinfettwert oder ein Fünftel des Gesamtbedarfes an gestützten Rohstoffen) angeboten. Da man sich jedoch schon vorher mit Fettrohstoffen für etwa ein halbes Jahr eingedeckt hatte und die verfügbaren Subventionsmittel durch das Budget beschränkt sind, konnten zunächst nur 6.000 t übernommen werden, und zwar zu dem Preis, der in diesem Zeitpunkt für schwedischen Raps bezahlt worden wäre⁴⁾. Über die restlichen 6.000 t wird derzeit noch verhandelt; voraussichtlich werden sie jedoch nicht zu den gleichen Bedingungen übernommen werden können, da der Preis für schwedischen Raps inzwischen um etwa 20% gefallen ist.

Durch die Übernahme von 6.000 t Raps ist der Bedarf an kleinkörnigen Ölsaaten bis Mitte 1953 gedeckt. Mit Hartfetten und Kopra ist die Industrie

²⁾ Bis zum 10. August wurden in Wien im ganzen etwa 10 t ausgegeben.

³⁾ Bei der Fleischeinlagerungsaktion hat der Bund neben den Lagerkosten (Verzinsung des gebundenen Kapitals, Kosten der Einfrierung, Kühlung und Manipulation) auch das Preisrisiko übernommen und die Abgabepreise kalkulatorisch festgesetzt. Gegebenenfalls müßten Differenzen zwischen den kalkulierten und den tatsächlichen Marktpreisen aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

⁴⁾ Der vereinbarte Rapspreis beträgt 5.085 S je t frei Werk einschließlich Trocknung und Lagerung. Für die Erzeugung von bewirtschafteten Fetten muß er um 3.395 S je t oder 67% verbilligt werden.

dagegen nur für ein halbes Jahr versorgt. Die Einfuhr von Fettrohstoffen wurde daher von bisher durchschnittlich 900.000 \$ je Monat im Juli auf 700.000 \$ und im August auf 500.000 \$ gekürzt. Wäre das inländische Rapsangebot rechtzeitig angemeldet worden, hätte man die Importe schon zu einer Zeit beschränken können, als die Preise für Fettrohstoffe noch bedeutend höher waren¹⁾. Außer Lagerkosten hätte man dadurch Devisen und Subventionen erspart²⁾.

Um den erhöhten Zuckerbedarf in der Einkochzeit zu decken, wurden im Juli zusätzlich 60 *dkg* je Kopf (insgesamt 4.257 *t*) zugeteilt und überdies 1.900 *t* freigegeben (im 1. Halbjahr durchschnittlich 800 *t* im Monat). Der Absatz war jedoch teilweise sehr schleppend, weil Zucker aus nicht erfaßbaren und unversteuerten Importen bis um 80 g je *kg* unter dem Preis für rationierten Zucker angeboten wurde³⁾.

Die Preise für Importzucker sind in letzter Zeit stärker gesunken und lagen bei den letzten Abschlüssen aus der ČSR (Preis frei Grenze 190 \$ je *t*, Importabgabepreis S 5'30 bis S 5'40 je *kg*) bereits um etwa 4% unter dem Preis für inländischen Zucker (Fabriksabgabepreis S 5'58 je *kg*⁴⁾. Da jedoch zunächst noch teurere Importe (Preis frei Grenze 220 \$ je *t*, Importabgabepreis S 5'60 bis S 5'70 je *kg*) zu verteilen sind, und außerdem die weitere Entwicklung der Importpreise ungewiß ist, wurden die Importabgabepreise für Verarbeitungszucker zunächst nur von S 6'50 auf S 6'— je *kg*⁵⁾ und die

¹⁾ Ende 1951 waren die Weltmarktpreise für Fettrohstoffe noch um durchschnittlich 50% höher als im Juni 1952.

²⁾ Im 1. Halbjahr 1952 wurden insgesamt 10.800 *t* Fettrohstoffe (Reinfettwert) im Gesamtwert von 100'5 Mill. S um 62'2 Mill. S oder 62% verbilligt (im 2. Halbjahr 1951 durchschnittlich 66%). Der durchschnittliche Subventionsbetrag sank von 6.492 S je *t* im 2. Halbjahr 1951 auf 5.759 S je *t* im 1. Halbjahr 1952 (-11%). Allerdings wurden in dieser Zeit hauptsächlich Rohstoffe verarbeitet, die noch relativ teuer eingekauft wurden. Gegenwärtig betragen die Subventionen für Hartfette nur rund 10%⁶⁾ für Kopra 50% und für kleinkörnige Ölsaaten 60% des tatsächlichen Wertes.

³⁾ Der Verbraucherpreis für ein *kg* bewirtschafteten Kristallzucker (S 6'48) ist insgesamt mit 52 g oder 8% an indirekten Steuern (31 g Umsatzsteuer, 21 g Verbrauchssteuer) belastet.

⁴⁾ Bei Verarbeitung von kubanischem Rohzucker würde der Preis für importierte Ware sogar um etwa 1 S billiger sein als für inländische. Obwohl es auch beschäftigungspolitisch wünschenswert wäre, die Zuckerimporte aus den Oststaaten durch den billigeren Rohzucker aus Cuba zu ersetzen, ist dies aus handelspolitischen und devisentechnischen Gründen nicht möglich.

⁵⁾ Tatsächlich ist die Verbilligung (insbesondere für die Betriebe in den Bundesländern) etwas größer, da sich die

Verkaufspreise für freien Konsumzucker von S 7'50 auf S 6'90 je *kg* herabgesetzt. Sie sind damit um 42 g je *kg* höher als die Preise für bewirtschafteten inländischen Konsumzucker⁶⁾. Die Differenz zwischen den kalkulierten und den festgesetzten Preisen wird zugunsten des Bundes eingezogen.

Reis ist in der letzten Zeit knapp. Während bis April durchschnittlich 2.000 *t* Reis im Monat eingeführt wurden, waren es im Mai und Juni zusammen 1.600 *t*, weil das Einfuhrkontingent 1951/52 aus Italien (15.000 *t*) erschöpft war. Da diese Importe außerdem teurer waren als die bisherigen⁷⁾, sind die Verbraucherpreise derzeit um etwa 15% höher als am Anfang des Jahres. Für das neue Vertragsjahr wurde das italienische Reiskontingent auf 25.000 *t* erhöht, so daß sich die Versorgung im Herbst wieder bessern wird.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

In den typischen Getreideanbaugebieten ist die Getreideernte zum größten Teil bereits beendet. Die trockene Witterung und der Einsatz zahlreicher Maschinen — auch Mährescher finden bei den größeren Betrieben immer mehr Eingang — haben sie begünstigt. Für Wiesen, Weiden, Klee, Kartoffeln und Rüben sowie zur Bodenbearbeitung wären nunmehr ausgiebige Niederschläge vonnöten.

Auf Grund von Schätzungen rechnete man ursprünglich mit einer Raps- und Rübenernte von etwa 6.000 *t*. Tatsächlich dürften heuer aber 10.000 bis 12.000 *t* Raps angefallen sein. Die Anbauflächen und Hektarerträge wurden offensichtlich stark unterschätzt. Aber auch die Angaben der Landwirte bei der Bodenbenutzungserhebung im Mai waren unvollständig. Im ganzen dürften annähernd 6.000 *ha* Raps und Rübren oder fast die doppelte Fläche als im Vorjahr gesät worden sein. Der durchschnittliche Hektarertrag scheint mit 20 *q* weit über den bisherigen Erträgen zu liegen⁸⁾.

neuen Preise netto, frei Empfangsstation des Verarbeitungsbetriebes verstehen, während die bisherigen Preise brutto, ab Lager Wien galten.

⁶⁾ Die Lieferung von inländischem Zucker an Verarbeitungsbetriebe oder für den freien Verkauf (bisher in der Regel nur als Vorschuß auf spätere Importe) erfolgt zu den höheren Preisen für Importzucker.

⁷⁾ Die Reisimporte aus Italien waren bisher stets billiger als aus den meisten anderen Bezugsländern (insbesondere aus Ungarn, Portugal, Ägypten, Mexiko).

⁸⁾ Die amtliche Statistik weist für den Durchschnitt 1926/35 einen Rapshektarertrag von 11'8 *q*, für den Durchschnitt 1937/44 von 12'9 *q* und für den Durchschnitt 1946/50 von 10'5 *q* aus, für Rübren 11'2, 11'7 und 9'2 *q*.

Da bisher die finanziellen Erfordernisse zur Übernahme und Preisstützung für nur 6.000 t Raps sichergestellt waren, finden gegenwärtig Verhandlungen statt, damit die Rapsernte von der Industrie zur Gänze zu den vereinbarten Preisen übernommen wird. Auf alle Fälle scheint eine gewisse Planung der Produktion von Ölfrüchten, ähnlich der von Zuckerrüben und Industriekartoffeln, dringend notwendig zu sein. Nichtsdestoweniger hätte aber eine zeitgerechte und wirklichkeitsnahe statistische Erfassung der Saatflächen schon im Winter 1951/52 gezeigt, daß Österreich heuer einen größeren Teil seines Bedarfs an pflanzlichen Ölen selbst decken wird; die Ölsaatenimporte hätten rechtzeitig gedrosselt und Devisen erspart werden können.

Nach den vorliegenden endgültigen Daten verwendete die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1951/52 28.680,5 t Reinstickstoff, 40.386,3 t Reinphosphorsäure und 38.827,4 t Reinkali in Form der verschiedenen *Handelsdünger*. Der Verbrauch an Stickstoff war damit um 26%, an Phosphorsäure um 3% und an Kali um 43% größer als im Vorjahr. Mit Stickstoff düngte man noch im Frühjahr verhältnismäßig stark, da er verbilligt abgegeben wurde. Die neuen Handelsdüngerpreise — bis auf die für Thomasmehl wurden die Düngersubventionen abgebaut — machen die Verwendung von Handelsdünger gewiß nicht unrentabel, jedoch sind die Aufwandsgrenzen enger gezogen als bisher. Da die Weltmarktpreise für Superphosphat zuletzt erheblich zurückgegangen sind, hat sich der Abgabepreis weniger stark erhöht, als angenommen wurde (von 53 S auf 83 S je 100 kg statt auf 110 S).

Der *Schweinebestand* vom 3. Juni war nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes mit 2,27 Mill. Stück um 9% größer als am 3. März 1952 und um 2% höher als am 1. Juni 1951. Doch ist dieses Ergebnis statistisch nicht gesichert, da fast ein Drittel des Bestandes wegen Maul- und Klauenseuche nicht erhoben, sondern global geschätzt wurde. Konkrete Schlüsse, wie sich der Schweinebestand weiter entwickeln wird, kann man wahrscheinlich erst nach der kommenden September- oder Dezemberzählung ziehen, wenn die Maul- und Klauenseuche voraussichtlich abgeflaut sein wird und wieder Totalzählungen möglich sein werden. Diese Vorsicht in der Auswertung der Statistik ist um so mehr begründet, als schon bei den Zählungen im Dezember 1951 und März 1952 die Ferkel- und Jungschweinebestände allem Anschein nach zu niedrig geschätzt wurden, wie der gegenüber dem Vorjahre um

17% größere Schlacht- und Mastschweinebestand vom Juni vermuten läßt¹⁾.

Die saisonmäßig relativ starke Zunahme an trächtigen Sauen (+ 5%) und der Zuwachs an trächtigen Tieren gegenüber Juni des Vorjahres (+ 8%) ließen auf eine vermehrte Nachwuchsproduktion im Herbst 1952 schließen. Sie würde erhöhte Auftriebe von Schlachtschweinen für den Sommer 1953 in Aussicht stellen und Beschränkungen im Fleischverkauf bei gleichbleibender Konsumentenkaufkraft wahrscheinlich überflüssig machen. Daß gebietsweise tatsächlich wieder mehr Zuchtschweine belegt wurden, beweisen die statistisch gesicherten Zählungsergebnisse von Salzburg, Tirol und Vorarlberg, wo um 42, 35 und 15% mehr trächtige Muttertiere als im gleichen Monat des Vorjahres vorhanden waren. In Kärnten und Steiermark dagegen wurden infolge Schweinelähme um 2 und 4% weniger Sauen belegt.

Diese Entwicklung wurde auf Grund der sich regional verschieden entwickelnden Ferkelmärkte vom Institut vorausgesagt²⁾. Auch im Juli hielt sich noch das überaus starke Preisgefälle zwischen dem Hauptferkelmarkt in Wels (Oberösterreich) und den übrigen Ferkelmärkten. Ob aber auch in Oberösterreich die Nachwuchsproduktion wirklich intensiviert wurde — die zuständige Landwirtschaftskammer schätzt, daß um 8% mehr Zuchtschweine trächtig waren als ein Jahr vorher — wird sich erst bei den nächsten Zählungen zeigen. Die durch den Seuchengang gehemmten Absatzmöglichkeiten und die relativ niedrigen Preise für Ferkel in Oberösterreich hätten eher das Gegenteil erwarten lassen.

Der im Winter und Frühjahr 1951/52 auf Grund niedrigerer Ferkel- und Jungschweinezahlen für den Sommer und Herbst 1952 vorausgesagte Rückgang des inländischen Schweineangebotes ist bisher nicht eingetroffen. Zwar fiel das inländische Angebot auf dem Wiener Markt, das im Mai und Juni 11.000 Stück pro Woche (lebend und gestochen) erreichte, im Juli auf durchschnittlich 9.360 Stück. Dies dürfte jedoch dem normalen Saisonablauf entsprechen. Der konjunkturelle Rückgang der Sauenzulassungen vom Jahre 1951 wird daher voraussichtlich erst in den nächsten Monaten das Angebot für die gewerblichen Schlachtungen beeinflussen.

Diese Entwicklung des Schweineangebotes läßt vermuten, daß sich die Maul- und Klauenseuche auf die Schweinezucht weniger ungünstig ausgewirkt hat,

¹⁾ Im März wurden um 6% weniger Jungschweine als im Vorjahr angegeben; diese Abnahme hätte sich auf den Bestand an Mastschweinen im Juni entsprechend auswirken müssen.

²⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 5, Mai 1952, Seite 135.

als erwartet wurde. Andererseits wurde durch die Abgabe verbilligter Futtermittel an die Schweinemäster und durch die (mit Ausnahme von Oberösterreich) relativ hohen Ferkelpreise bewirkt, daß man die Schweine schwerer mästete, so daß sich der Ablauf der Schlachtungen zeitlich verschob. Im Sommer und Herbst 1951 war demgegenüber gerade das Gegenteil der Fall: Die Tiere mußten infolge Futtermittel-mangels vorzeitig abgestoßen werden, und die darauf folgende Angebotslücke trieb die Schweinepreise in die Höhe, um so mehr, als gleichzeitig auch die Konsumentennachfrage infolge Einkommenserhöhungen stieg.

Die Preise für Schlachtschweine waren entgegen den Erwartungen im Juni und Juli eher gedrückt. Im Juli ging die Nachfrage infolge der Hitze zurück, so daß der saisonmäßig erwartete Preisauftrieb ausblieb¹⁾. Es wurden verhältnismäßig viele Schweine mit hohem Lebendgewicht angeboten, für die man niedrigere Preise (12'50 bis 13 S je kg lebend ab nächstem Markt) bezahlte, als für leichtere Fleischschweine (13'50 bis 14'50 S).

Zur Einschränkung des Weinbaues

Wein wurde in Österreich in den letzten Jahrzehnten auf durchschnittlich 35.000 ha oder 2% der Ackerfläche²⁾ gebaut. Noch vor dem ersten Weltkrieg war die Rebfläche viel größer; sie betrug im Jahre 1900 — innerhalb der jetzigen österreichischen Staatsgrenzen — 51.477 ha, im Jahre 1913 49.625 ha³⁾.

Obwohl der Weinbau flächenmäßig gegenüber anderen landwirtschaftlichen Betriebszweigen stark zurücktritt, ist er volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wichtig: der Wert der Weinernte — zu Erzeugerpreisen gerechnet — erreichte im Jahre 1951 rd. 7% vom Endrohertrag der gesamten landwirtschaftlichen Produktion; viele Weingärten befinden sich in Steillagen, die für andere landwirtschaftliche Kulturen kaum geeignet sind; der Weinbau wird schließlich von mehr als 60.000 meist kinderreichen Kleinbauernfamilien betrieben, deren Einkommen zum überwiegenden Teil aus dieser arbeitsintensiven Kultur fließt.

Durch ein kürzlich beschlossenes Gesetz soll der Weinbau auf die bisherigen Anbauggebiete beschränkt werden. Außerhalb der „natürlichen“ Weinbaugemeinden und Weinrieden⁴⁾ dürfen Weingärten

¹⁾ Ende Juli stiegen die Schweinepreise; für prima Fleischschweine wurden in Wien-St. Marx 15'80 S je kg lebend geboten, das ist 1'80 S über dem amtlich fixierten Preis.

²⁾ Ackerland, Gärten, Weingärten, Baumschulen.

³⁾ Siehe *Hitschmann* „Vademekum“, Wien 1923, S. 1298 ff.

⁴⁾ Unter „natürlichen“ Weinbaugemeinden und Wein- gebieten (-rieden) versteht das Gesetz Gebiete, die Weinbau

nicht angelegt werden. Obwohl das Gesetz dies nicht direkt ausspricht, so soll doch offensichtlich der bis- herige Weinbau geschützt werden⁵⁾. Vor allem will man verhindern, daß die meist einseitig auf den Weinbau eingestellten und daher konjunktur- empfindlichen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe von anderen Betrieben konkurrenziert werden, die zu- folge größerer Bodenflächen und intensiver Maschi- nenverwendung Wein billiger produzieren können, insbesondere dann, wenn sie das für Österreich neue Hochkulturverfahren — eine besondere Ziehart des Weinstockes — anwenden⁶⁾.

Seit 1946 waren die Weinernten mengen- und gütemäßig fast immer überdurchschnittlich gut. Besonders ergiebig waren die Jahrgänge 1946 und 1950, die um 42% und 45% mehr Wein als im lang- jährigen Vorkriegsdurchschnitt erbrachten. Die hohen Ernten waren aber nicht größeren Anbau- flächen zu danken — diese lagen in den letzten zwei Jahren nur um 2% über dem Durchschnitt 1926/35, gegenüber 1937 waren sie sogar um 9% kleiner —, sondern höheren Hektarerträgen, günstigen Witte- rungsverhältnissen sowie intensiver Düngung, Pflege und Schädlingsbekämpfung.

Weinbau in Österreich¹⁾

	1937	1946	1947	1948	1949	1950	1951
	Ø 1926/35 = 100						
Weingartenfläche							
insgesamt	112	104	103	103	103	102	102
in Ertrag stehend ..	106	109	109	107	107	103	105
Weinernte							
insgesamt	124	142	118	114	109	145	124
je ha	117	129	108	107	102	141	118

¹⁾ Berechnungen des Institutes nach der „Statistik der Ernte“ und den An- gaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Das Weinbauregelungsgesetz soll eine weitere Steigerung der Weinproduktion nach Möglichkeit unterbinden. Man hofft, so die gegenwärtigen Wein- preise halten zu können. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß eine Beschränkung des An- gebots allein noch nicht den gewünschten Preisstand zu sichern vermag, da die Nachfrage nach Wein

seit altersher oder gegenwärtig in einem solchen Umfang be- treiben, daß eine Änderung der Kulturart die wirtschaftliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gefährden würde. Diese Gebiete werden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bestimmt.

⁵⁾ Offiziell wird das Gesetz damit begründet, daß für die Volksernährung wichtiger Getreideboden aus Konjunktur- gründen nicht dem ursprünglichen Zweck entzogen werden darf. Es müsse vor allem verhindert werden, daß sich der Weinbau aus den für andere Kulturen wenig geeigneten Hügel- und Berglagen in die fruchtbaren Ebenen verlagere.

⁶⁾ Siehe Dr. Ing. *Franz Hengl* „Was bezweckt das neue Weinbauregelungsgesetz?“ in: Der österreichische Bauernbünd- ler Nr. 24, Jg. 1952, S. 3.

keineswegs starr ist, sondern ebenso auch von der Entwicklung der Verbrauchereinkommen, der Gesamtnachfrage sowie vom Angebot und den Preisen anderer alkoholischer Getränke und Genußmittel abhängt. Die außerordentlich gute Konjunktur für Wein von 1945 bis 1949 war nur unter der allgemeinen Güternknappheit jener Zeit möglich; die Konjunktur flaute ab, als das Güterangebot wuchs und Bier wiederum in guter Qualität und relativ billig angeboten wurde. Gegenwärtig ist z. B. Bier, bezogen auf das Jahr 1937, kaum halb so teuer wie Wein.

Entwicklung der Wein- und Bierpreise¹⁾

Jahr	Wein		Bier			
	Großhandels- preis S je l Ø 1937 = 100	Kleinhandels- preis S je l Ø 1937 = 100	Großhandels- preis S je l Ø 1937 = 100	Kleinhandels- preis S je l Ø 1937 = 100		
1947 VII.—XII. 19'00 ²⁾	2.111 ²⁾	26'00	1.300	1'82	186	
Ø 1948.....	13'96	1.551	18'50	925	2'18	222
Ø 1949.....	11'75	1.306	17'17	859	2'90	296
Ø 1950.....	10'50	1.167	16'50	825	3'10	316
Ø 1951.....	7'92	880	14'17	709	3'69	377
1952 I.—VI....	8'50	944	16'00	800	3'90	398

¹⁾ Nach Angaben des Österr. Statist. Zentralamtes. — ²⁾ September bis Dezember.

Die Versuche, eine Mehrproduktion von Wein zu verhindern, sind vom Standpunkt des Weinbauern betrachtet gewiß verständlich. Auch ernährungswirtschaftlich gesehen erscheint der Anbau von Nahrungsmitteln wichtiger als der von Wein. Dennoch ist diese gesetzliche Produktionsbeschränkung nicht unproblematisch, da sie verhindert, daß sich die Erzeugung nach den geringsten Kosten richtet. Um den österreichischen Weinbau im Rahmen einer europäischen Agrarunion wettbewerbsfähig zu machen, wären Rationalisierungsmaßnahmen zur Verbilligung der Produktionskosten und zur Erhöhung der Produktivität nötig, wie sie sich durch die Fortschritte der Landtechnik und das Hochkulturverfahren eröffnen. Da die Nachfrage nach Spitzenwein erfahrungsgemäß weniger elastisch ist als die nach Schankwein, würden die höheren Kosten für Qualitätsweine voraussichtlich auch unter schärferen Konkurrenzbedingungen gedeckt werden.

Im übrigen dürfen die Auswirkungen des Gesetzes nicht überschätzt werden, da es in den Weinbaugebieten selbst noch zahlreiche Grundstücke gibt, auf denen sich Wein mit Erfolg kultivieren läßt. Schon im Jahre 1936 verbot ein Bundesgesetz die Neuanlage von Weingärten auf Grundstücken, die seit 12 Jahren nicht mehr als Weingarten genutzt wurden. In der Folge nahm die Weingartenfläche sogar zu, und zwar von 37.752 ha (1936) auf 38.567 ha (1937) und 40.157 ha (1938).

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Obwohl der Rückschlag der Industrieproduktion fast ausschließlich die relativ wenig Energie verbrauchenden Konsumgüterindustrien traf, ist der seit Jahren anhaltende Trend steigenden Energieverbrauches zunächst zum Stillstand gekommen. In einzelnen Industriezweigen geht die Nachfrage nach elektrischer Energie und Kohle sogar zurück. Im Juni war der Stromverbrauch erstmalig seit Kriegsende nicht höher als im entsprechenden Vorjahresmonat; die Kohlenbezüge der österreichischen Wirtschaft lagen sogar um 15,9% darunter. Absatznot und Preisdruck zwingen viele Betriebe, auch mit Energie sparsamer umzugehen. Teilweise baut die Industrie ihre Kohlenlager ab und kauft daher zunächst weniger ein, als sie laufend verbraucht.

Dank reichlicher Wasserführung der Flüsse stieg die Erzeugung von *Wasserkraftstrom* von 544 Mill. kWh im Mai auf 575 Mill. kWh im Juni. Während der Verbrauch *elektrischer Energie* um 6,6% zurückging, konnte der Export von 133,4 Mill. kWh auf 157,7 Mill. kWh gesteigert und die Erzeugung kalorischen Stromes weiter eingeschränkt werden. Im Juni wurden nur 21 Mill. kWh (4% der Gesamterzeugung) *Strom in kalorischen Werken* erzeugt, um 23% weniger als im Juni 1951. Die geringe Dampfstromerzeugung gestattete es, die Brennstoffvorräte der Dampfkraftwerke weiter aufzustocken; sie erreichten Ende Juni mit 287.861 t Kohle (Steinkohlenbasis) und 4.674 t Heizöl einen neuen Höchststand.

Am 18. Juni wurde im Ennskraftwerk Mühlradung der 4. Generator mit 5.600 kW Leistung in Betrieb genommen und damit der Ausbau des Werkes abgeschlossen.

Da die Nachfrage nach Kohle zurückgeht und vielfach große Lager bestehen, konnte die *Kohleneinfuhr* im II. Quartal stark gedrosselt werden, ohne die Versorgung zu beeinträchtigen. Im Juni wurden nur noch 290.632 t (SKB) Kohle aus dem Ausland bezogen, fast um die Hälfte weniger als im Monatsdurchschnitt des I. Quartals 1952. Besonders stark gedrosselt wurde die Einfuhr von Braunkohle. Der Bezug von Steinkohle aus den USA wurde überhaupt eingestellt.

Trotz Einschränkung der Kohlenimporte findet inländische Kohle weiterhin nur schwer Absatz. Die heimische *Kohlenförderung* ist wohl noch immer höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, geht aber, je Arbeitstag gerechnet, seit Jahresbeginn ständig zurück. Im Juni wurden nur 203.252 t (SKB) gefördert, im Jänner hingegen noch 250.696 t.

Aus Inlandsförderung und Einfuhr wurde die österreichische Wirtschaft im Juni mit 472.162 t Kohle (Steinkohlenbasis) beliefert, d. s. um 15·9% weniger als im Juni 1951 und nur um 14·5% mehr als im Jahresdurchschnitt 1937. Die Belieferung war infolge Abbaus der Lager allerdings geringer als der laufende Verbrauch, der trotz Stagnation der Industrieproduktion noch mindestens ebenso hoch sein dürfte wie im Vorjahr.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Während der Rückschlag in den Konsumgüterindustrien in den Monaten Februar und April durch Mehrproduktion in den Investitionsgüterindustrien wettgemacht wurde (der saisonbereinigte Index der Gesamtproduktion blieb in diesem Zeitraum praktisch unverändert), sank der Index der *Industrieproduktion* im Mai um 1·4%, obwohl saisongemäß eine Zunahme um rund 6% zu erwarten gewesen wäre. Das Produktionsniveau lag mit 170·5% von 1937 nur deshalb um 7·3% höher als im Mai 1951, weil der Mai heuer um 2 Arbeitstage mehr zählte als im Vorjahre. Je Arbeitstag gerechnet war die Industrieproduktion insgesamt bereits um 1·6% niedriger als im Jahre 1951. Im einzelnen war die Produktion in fast allen Konsumgüterindustrien viel niedriger, die der meisten Produktionsmittelindustrien aber höher als diese Durchschnittsziffer anzeigt.

Entwicklung der Industrieproduktion je Arbeitstag im Jahre 1952 und 1951¹⁾

Monat	Dauerhafte Güter	Nicht dauerhafte Güter Prozent	Insgesamt
Jänner.....	+ 19	+ 3	+ 11
Februar.....	+ 9	+ 2	+ 6
März.....	+ 16	- 5	+ 7
April.....	+ 12	- 6	+ 5
Mai.....	+ 5	- 12	- 2

¹⁾ Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem gleichen Monat 1951 in Prozent

Im Juni haben außer konjunkturellen Einflüssen auch die niedrige Zahl von Arbeitstagen (23 gegen 26 im Mai) und der Beginn der Urlaubssaison das Produktionsniveau gedrückt. Der Produktionsrückgang dürfte — wie die bisher vorliegenden Einzeldaten erkennen lassen — ziemlich stark gewesen sein. Bemerkenswert ist, daß auch einzelne Zweige der Investitionsgüterindustrien (z. B. der Kohlenbergbau und die Baustoffindustrie) bereits über Absatzmangel klagen und ihre Produktion einzuschränken beginnen. Da jedoch die meisten Produktionsgüterindustrien nach wie vor über hohe Auftragsbestände verfügen, scheint für die unmittelbare Zukunft ein relativ hohes Produktionsniveau gesichert.

Der *Beschäftigungsindex* ging im Juni um 1% zurück, war aber trotzdem im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1952 noch um 2·8% höher als im 1. Halbjahr 1951.

Da der Produktionsindex im Mai stärker zurückging als der Beschäftigungsindex, ist auch der Index der *Industrieproduktivität* von 104·6 auf 103·2 (1937 = 100) um 1·4% gesunken.

Im einzelnen ging der Index der *Bergbauproduktion* im Juni hauptsächlich infolge geringerer Kohlen- und Erzförderung um 7·6% auf 155·1 von 1937 zurück. Die Gesamtleistung im 1. Halbjahr 1952 war jedoch um 7·6% höher als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die Förderung von Kupfererz ist sogar um fast 60% gestiegen.

Förderleistungen im Bergbau

	1. Halbjahr 1951	1. Halbjahr 1952	1952 in % von 1951
	Tonnen		
Eisenerz.....	1.125.140	1.277.458	113·5
Blei/Zinkerz.....	53.592	71.999	134·4
Kupfererz.....	38.451	60.870	158·3
Rohmagnesit.....	307.573	352.720	114·7

An *Magnesit* und *Magnesiterzeugnissen* wurde im Juni um 4·3% weniger erzeugt als im Mai; das Produktionsergebnis des 1. Halbjahres 1952 überschritt um 25·3% den Stand vom 1. Halbjahr 1951.

Nach Eisen und Stahl herrscht weiterhin eine lebhaftere Nachfrage. Im Inlandsgeschäft halten die Auftragsbuchungen den Auslieferungen die Waage, so daß zunächst kaum mit einer Verkürzung der Lieferfristen gerechnet werden kann. Auch der Export ist befriedigend, wenngleich der scharfe internationale Wettbewerb vielfach zu Preiskonzessionen zwingt. Die Erzeugung der *eisenschaffenden* Industrie ist im Juni um 3·3% zurückgegangen, da durch den Ausfall eines Hochofens in Donawitz weniger Roh-eisen produziert werden konnte. Der Ofen wird nach seiner Reparatur voraussichtlich erst im Oktober oder November wieder angeblasen werden.

Das Produktionsergebnis der ersten sechs Monate 1952 liegt in allen Sparten höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Erzeugung der Hüttenindustrie

	1. Halbjahr 1951	1. Halbjahr 1952	1952 in % von 1951
	Tonnen		
Roheisen.....	478.060	605.490	126·7
Rohstahl.....	495.402	536.864	108·4
Walzwaren.....	315.693	361.492	114·5
Preß- u. Hammerwerkserzeugnisse.....	13.350	19.211	143·9

Die Versorgung mit Legierungsmetallen war im Berichtsmonat ausreichend. Nur Molybdän, Kobalt

und Nickel waren nach wie vor knapp. Für Nickel wurden deshalb Verwendungsbeschränkungen erlassen. Auch der Inlandsbedarf an Schrott kann trotz Entspannung der Weltmarktlage noch nicht voll gedeckt werden.

Der Produktionsindex der *Metallhütten* stieg im Mai saisongemäß stark (um 21,3%) auf 550,1 von 1937. Die Rohaluminiumerzeugung erreichte infolge günstiger Energieversorgung mit 4.653 t einen neuen Rekordstand. Dank fortschreitendem Ausbau der Bleiberger Bergwerksunion steigt der Selbstversorgungsgrad bei Blei und Zink. An Kupfer kann derzeit schon ein Viertel des Inlandsbedarfes aus heimischen Kupfererzen gedeckt werden. Der Preissturz auf den internationalen Metallmärkten hat auch den heimischen Altmetallmarkt entspannt; die Preise sind teilweise unter die offiziellen Notierungen gesunken.

Die *Gießereiindustrie* hielt den hohen Produktionsstand (252,9 von 1937) des Vormonats. Den Betrieben steht genügend Roheisen (mit Ausnahme von höher silizierten Sorten), Gußbruch und Gießereikoks zur Verfügung.

Der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* ist nach dem vormonatlichen Höchststand (271,5) im Mai um 3,5% zurückgegangen. Es wurden weniger Traktoren erzeugt und das PKW-Assembling etwas eingeschränkt.

Die *Maschinenindustrie* erzeugte im Mai um 3,4% weniger als im Vormonat. Die Aufträge aus dem Inlande sind bisher kaum zurückgegangen. Nur der Export stößt auf Schwierigkeiten. Sein Anteil an der Produktion ist jedoch relativ niedrig, so daß auch in Zukunft mit einer hohen Produktion zu rechnen ist.

Hingegen hat sich der Rückschlag in der *Elektroindustrie* krisenhaft verschärft. Wohl ist die Produktion der Starkstromindustrie dank einem hohen Auftragstand noch auf Monate hinaus gesichert. Die Erzeugnisse der Schwachstromindustrie sowie Kabel- und Leitungsmaterial finden aber zu den derzeitigen Preisen nur schwer Absatz. Der Produktionsindex der gesamten Elektroindustrie ist im Mai abermals um 7% auf 199,1 von 1937 gesunken und lag bereits unter dem Stand vom Mai 1951. Das einzige Elektrowerk in Steeg wird weiter ausgebaut; es wird nach Fertigstellung im nächsten Jahr den gesamten Inlandsbedarf decken.

Auch die Produktion der *chemischen Industrie* mußte weiter eingeschränkt werden. Der Produktionsindex ging im Mai um 10,4% auf 176,3 von 1937 zurück. Besonders an Ätznatron, Kautschukwaren, Zündhölzern und Chlor wurde weniger erzeugt. Der

Verbrauch von Seife geht zurück, sie wird teilweise durch Waschpulver ersetzt. Die österreichische Seifenindustrie könnte kapazitätsmäßig das Doppelte des derzeitigen Inlandsverbrauches an Seife erzeugen.

Die Österreichische Stickstoffwerke sind gut beschäftigt. In dem am 30. Juni abgelaufenen Düngejahr 1951/52 haben sie rund 450.000 t Kalkammonsalpeter erzeugt, um 17% mehr als im Vorjahr. Der Inlandsabsatz war um 32% höher als im Jahre 1950/51. Zu Beginn des II. Quartals 1952 wurde die Produktion von Ammonsulfat aufgenommen. Die Erzeugung belief sich im Mai auf 1.560 t. Der Bau der Gipschwefelsäurefabrik schreitet fort.

Die *Baustoffindustrie* hat ihre Produktion saisongemäß stark ausgeweitet. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Produktionsindex stieg um 17,4% auf 268,8 von 1937. Vor allem hatte die Ziegelerzeugung stark aufgeholt. Die Monatsproduktion an Mauer- und Dachziegeln stieg von April auf Mai um 80% und 68%. Im Juni traten allerdings vereinzelt Absatzstockungen ein, da öffentliche Lieferungen nur zögernd abgerufen werden. Angemeldete Importe wurden daher vorübergehend storniert.

Im Juni ist die Erzeugung der *Papierindustrie* um 7% gesunken und lag mit 93,9 erstmalig seit über, eineinhalb Jahren unter dem Vorkriegsstand. Die Papier- und Zelluloseindustrie verfügt derzeit über einen Auftragsstand von durchschnittlich 4 bis 6 Wochen, während sie vor einem Jahr auf 6 bis 12 Monate ausverkauft war. Der Export stagniert; die Preise auf dem Weltmarkt gehen weiter zurück. Die Abnehmerländer erteilen nur die dringendsten Aufträge und verlangen prompte Lieferung.

Die Erholung der *Leder- und Schuherzeugung* im April erwies sich als nur vorübergehend. Im Mai ging der Produktionsindex wieder um 7,2% auf 86,8 von 1937 zurück. Es wurde vor allem weniger Leder erzeugt. Der Absatz von Lederwaren leidet unter der Konkurrenz neuartiger oder billiger Materialien, wie Plastik, Stroh, Bast usw. Auch der Export bietet keinen Ausgleich für die Stagnation des heimischen Marktes.

Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Produktionsindex der *Textilindustrie* ging im Juni weiter um 10,5% von 84,9 auf 75,9 von 1937 zurück.

In Silz in Tirol hat vor etwa 3 Monaten die modernste Seidenweberei Österreichs ihren Betrieb aufgenommen. Das Werk wurde mit ERP-Hilfe aufgebaut und erzeugt hauptsächlich Futterstoffe und ähnliche Stapelartikel, die vor dem Kriege aus der CSR bezogen wurden, in den letzten Jahren jedoch nur schwer erhältlich waren.

Der Index der Nahrungsmittelindustrie ist im Mai um 2,4% gestiegen, vor allem wegen einer saisongemäß höheren Bierproduktion. Die Brauereien sind ausreichend mit Rohstoffen eingedeckt. Im Braujahr 1952 rechnet man mit einem Gesamtausstoß von 3,5 Mill. Hektoliter; davon wird etwa die Hälfte als Flaschenbier verkauft.

Die von Monat zu Monat stark schwankende Tabakwarenerzeugung ging im Juni um 24% zurück. Das Produktionsergebnis des 1. Halbjahres 1952 lag um 8,6% über dem Stand vom 1. Halbjahr 1951.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Im Juni gingen die Einzelhandelsumsätze in fast allen Branchen übersaisonnmäßig zurück; sie waren insgesamt um 15%¹⁾ geringer als im Mai. Der Juni hatte allerdings zwei Verkaufstage weniger als der Mai²⁾, und das Wetter war ausgesprochen ungünstig. Da infolge der Feiertage auch relativ mehr für Reisen, Besuch von Gaststätten u. ä. ausgegeben wurde, also für Leistungen, die von den Umsätzen des Einzelhandels nicht erfaßt werden, läßt sich nicht eindeutig sagen, ob die leichte Nachfragebelebung in den Monaten April und Mai bereits aufgehört hat. Jedenfalls war das Umsatzvolumen im Berichtsmonat, reduziert auf den Verkaufstag³⁾, nur um rund 4% kleiner als im Juni 1951, als die Umsätze infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens besonders hoch waren.

Faßt man, um kurzfristige Schwankungen auszuschalten, die Umsatzergebnisse quartalsweise zusammen, so waren die Mengenumsätze im II. Quartal etwas höher, im I. Quartal um 8% niedriger als im gleichen Zeitraum 1951. Im übrigen entwickelten sich die Umsätze in vielen Ländern, wie in Westdeutschland, England und in den USA, tendenziell ähnlich wie in Österreich. Trotzdem sind einige Unterschiede festzustellen. Im Ausland war der Rückgang im I. Quartal 1952 schwächer, die Zunahme im II. Quartal viel stärker als in Österreich. Die Konsumgüterindustrien im Ausland verzeichnen bereits wieder größere Auftragsgänge, und man nimmt vielfach an, daß der Tiefpunkt der weltweiten Textilkrise bereits überwunden sein dürfte. In Österreich hat sich die leichte Besserung der Verbrauchernachfrage in den letzten Monaten in nur sehr bescheidenem Maße auf die vorgelagerten Stufen übertragen. Vielleicht handelt es sich bei der zeitlich unterschiedlichen Entwicklung der Umsätze in Öster-

reich und im Ausland nur um eine Phasenverschiebung von einigen Monaten. Bekanntlich setzte die Umsatzschrumpfung im Ausland bereits im Frühjahr, in Österreich aber erst im Herbst 1951 ein, da in Österreich infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens bis tief in das Jahr 1951 hinein noch ein ziemlich starker inflationistischer Auftrieb wirksam war. Man könnte sich also vorstellen, daß die Belebung der Umsätze in Österreich nur um einige Monate verzögert wird. Diese Vermutung wird allerdings nur dann zutreffen, wenn auch in Österreich, in ähnlichem Ausmaß wie im Ausland, Preissenkungen erfolgen. Die vielfach sehr eindrucksvollen Preisreduktionen für modische Artikel u. ä. in den Sommerräumungsverkäufen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Preisstruktur der österreichischen Wirtschaft im ganzen nach wie vor ziemlich unelastisch ist und viel weniger auf die sich ändernde Nachfrage reagiert als die Preise im Ausland.

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze

Zeit	Österreich ¹⁾		Westdeutschland ²⁾	
	Wert	Volumen ³⁾	Wert	Volumen
1952 I. Quartal.....	+ 12	- 8	- 1	- 5
II. Quartal.....	+ 20	+ 1	+ 8	+ 10
1. Halbjahr.....	+ 16	- 4	+ 3	+ 2

¹⁾ Berechnung des Institutes. — ²⁾ Berechnung des Statistischen Bundesamtes. — ³⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit gewissen Adaptierungen).

Am schwächsten war auch im Juni der Geschäftsgang in der Textilbranche. Die Umsätze nahmen gegenüber Mai um 19% ab (saisonnmäßig waren 14% zu erwarten). Die Mengenumsätze waren insgesamt um fast 30% und, je Verkaufstag, um etwa 17% geringer als im Juni 1951. Besonders schwach war die Nachfrage nach Weißware, Wollstoffen und Herrenbekleidung, während Wirk- und Strickwaren (Badeanzüge, Baumwollpullover u. ä.) sowie billige Sommerkleider etwas besser gingen. Obwohl der Textileinzelhandel sich im allgemeinen nur knapp mit Sommerware eingedeckt hatte, blieben größere Bestände liegen, die er durch Räumungsverkäufe abstoßen versuchte⁴⁾, um seine Liquidität zu verbessern.

Der Absatz von *Schuhen* sank von Mai auf Juni um 22% (saisonnmäßig 16%). Die Mengenumsätze waren jedoch nur um 16% (bezogen auf den Verkaufstag sogar nur um 5%) geringer als vor einem Jahr. Da die Auftragsgänge der Schuhindustrie in letzter Zeit leicht gestiegen sind, scheint der Schuhhandel wieder mehr zu bestellen.

⁴⁾ Genauere Ergebnisse über den Erfolg der Sommeräumungsverkäufe werden erst im nächsten Monatsbericht gebracht werden können.

¹⁾ Vorläufige Zahl.

²⁾ Bezogen auf den Verkaufstag gingen die Umsätze nur um 8% zurück.

³⁾ 1951 hatte der Juni 26, heuer nur 23 Verkaufstage.

Der Verkauf von *Hausrat, Glas, Porzellan*, der im Vormonat übersaisonnmäßig zugenommen hatte, ging im Juni um 18%, der von *Möbeln, Teppichen, Gardinen* nur um 8% zurück. (Den Saison erwartungen entsprechend hätten die Umsätze in beiden Warengruppen um etwa 11% abnehmen sollen.)

Der Absatz von Nahrungs- und Genußmitteln, der bisher mengenmäßig fast immer höher war als im Vorjahr, hat im Juni den Vorjahresstand nicht oder nur knapp erreicht. Das beruht jedoch zum Teil darauf, daß der Bedarf für die ersten Junitage (Pfungsten) schon im Mai gedeckt wurde. In den *Lebensmittelgeschäften* nahm der Umsatz von Mai auf Juni um 17% ab und war wertmäßig um 9% höher, mengenmäßig aber um etwa 18% geringer als im Juni 1951. Der Verkauf von *Tabakwaren* ging um 7% zurück und erreichte erstmalig nur knapp das Volumen des Vorjahres.

Die Umsätze der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten minderwertigen Waren nahmen gegenüber Mai im allgemeinen nur wenig ab: *Parfümerie- und Drogeriewaren* - 7%, *Lederwaren* - 6%, *Papierwaren* - 5%. Die Mengenumsätze von Juni 1951 wurden nicht oder nur knapp erreicht.

Während der Index der Einzelhandelsumsätze im Mai gleich hoch war wie im April, nahmen die Eingänge an *Umsatzsteuer* von Mai auf Juni um 3% auf 394 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag) zu. Da der Geschäftsgang in den vorgelagerten Stufen kaum besser gewesen sein dürfte als im Einzelhandel, handelt es sich bei diesem Zuwachs wahrscheinlich um Nachtragszahlungen, die auf Grund von Überprüfungen geleistet wurden.

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* erhöhten sich von 164 Mill. S im Mai auf 171 Mill. S im Juni (+ 4%). Die Eingänge an Tabak-, Bier-, Wein- und Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) nahmen um je 5% zu, während die Erträge der übrigen Verbrauchssteuern durchschnittlich um 19% zurückgingen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die Zahl der Beschäftigten nimmt diesen Sommer kaum zu; im Juni stieg sie nur um 1.000 und im Juli um 2.800 auf 1.979.700. Im Vorjahr betrug die Zunahme im Juni und Juli 23.500 und 15.400, und der Beschäftigtenstand Ende Juli war mit 2.034.500 um 54.800 größer als im laufenden Jahr.

In der Land- und Forstwirtschaft stieg die Zahl der Beschäftigten im Juni nur um 200 (im Vorjahr

um 2.900) auf 219.300, in der Industrie um 900 (im Vorjahr um 19.500). Die Zahl der beschäftigten Frauen ging in Landwirtschaft und Industrie um 3.700 zurück. Das Ausbleiben des Saison aufschwunges wirkte sich am stärksten in den Industriebezirken und im östlichen Teil Österreichs aus. In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und im Burgenland war die Beschäftigung Ende Juni niedriger als Ende Mai.

Diese Stagnation in der Beschäftigung ist keineswegs auf die Textilindustrie beschränkt, sondern breitet sich aus. Der Beschäftigungsindex der Arbeiterkammer fällt für die graphische, Textil- sowie Eisen- und Metallindustrie seit Dezember, für die Bekleidungs- und Holzindustrie seit November, für die chemische und Lederindustrie seit Oktober. Ende Juni lag der Beschäftigtenindex in folgenden Branchen unter dem Stand vom Juni 1951:

Baugewerbe	-15'0%
Bekleidungsindustrie	-9'9%
Hotel- und Gastgewerbe	-9'2%
Holzindustrie	-8'9%
Textilindustrie	-8'3%
Chemische Industrie	-4'8%
Lederindustrie	-4'7%
Nahrungsmittelindustrie	-1'3%
Industrie in Steinen, Erden, Glas	-1'0%
Graphische Industrie	-0'8%

Die sommerliche Aufwärtsbewegung in der Bauindustrie ist heuer nicht stark genug, die Rückgänge in den anderen Zweigen auszugleichen.

In den Jahren 1947 bis 1951 hatten sich die größeren Unternehmen noch stärker als die kleineren ausgedehnt. Während die Reparaturkonjunktur der ersten Nachkriegsjahre für die Kleinbetriebe zu Ende ging, zogen die größeren aus der Export- und Investitionskonjunktur Vorteile. Jetzt aber werden die größeren Betriebe von dem Beschäftigungsrückschlag stärker betroffen als die kleinen und mittleren. Vor allem bewirken Exportrückgang und Rationalisierung stärkere Entlassungen. Außerdem haben größere Betriebe mehr als Kleinbetriebe Investitionsarbeiten durch eigene Arbeitskräfte durchführen lassen, die jetzt mit dem Rückgang der Investitionstätigkeit freigesetzt werden. So kommt es, daß die Beschäftigung in den 1.678 (hauptsächlich größeren) Betrieben, die von der Arbeiterkammer beobachtet werden, jetzt stärker abnimmt als in der übrigen Wirtschaft.

Die *Arbeitslosigkeit* ging im Juni um 5.500 auf 118.900 zurück, im Juli auf 116.900. Im Vorjahr sank sie im Juni um 17.200 und im Juli um 6.600. Danach ging sie bis Ende September nur mehr wenig zurück (6.100). Es ist daher anzunehmen, daß auch heuer die Arbeitslosigkeit nicht mehr weit unter

Beschäftigung in 1.678 vorwiegend größeren Betrieben und in den sonstigen gewerblichen Betrieben

	Okt. 1950	Juni 1951 1.000 Personen	Okt. 1951	Juni 1952	Zu-(+) bzw. Abnahme (-) der Beschäftigung zwischen Oktober und Juni 1950/51 1951/52 in %	
1.678 Betriebe der Arbeiterkammerrechnung	406'2	413'5	429'0	406'3	+ 1'8	- 5'3
Sonstige gewerbliche Betriebe	1.103'9	1.113'9	1.133'1	1.087'7	+ 0'9	- 4'0
Beschäftigung in Industrie, Handel und Gewerbe insgesamt...	1.510'1	1.527'4	1.562'1	1.494'0	+ 1'1	- 4'4

den Julistand sinken wird, wenn auch die Herbstsaison in der Bekleidungsindustrie die hohe Arbeitslosigkeit merklich mildern und Sondermittel zur Arbeitsbeschaffung in einigen Notstandsgebieten sich leicht auswirken werden. Andererseits läßt die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit im Juni stärker sank, als die Beschäftigung zunahm, vermuten, daß sich einige Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, aus dem einen oder anderen Grund im Sommer nicht beim Arbeitsamt melden (z. B. Arbeit im Schrebergarten, Aufenthalt bei Verwandten am Land), im Herbst aber wieder als vorgemerkte Arbeitsuchende zählen lassen werden.

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich im Juni ungleichmäßig. Die der Männer sank um 6.800, die der Frauen stieg um 1.300. Am stärksten nahm sie bei den Bauarbeitern und Bauhelfern ab, hingegen stieg sie bei Arbeitern der Keramik-, Glas-, Papier-, der chemischen und Textilindustrie und insbesondere bei den Arbeitern der Bekleidungsindustrie (Bekleidung und Schuhe um 2.400). Mit 25.100 Arbeitslosen stellten die Textil- und Bekleidungsarbeiter im Juni 21'1% aller Arbeitslosen gegenüber 12'1% im Juni 1951.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Im Güterverkehr der Bundesbahnen waren im Juni die Wagenstellungen pro Arbeitstag um knapp 3% (Voll- und Schmalspur) niedriger als im Mai und im Juni 1951. Da jedoch der Monat Juni in diesem Jahr nur 23 Arbeitstage hatte (gegen 25 im Mai und 26 im Juni 1951), nahm die gesamte Monatsleistung ziemlich stark ab. So gingen die monatlichen Wagenstellungen gegenüber Mai um 10'6% (gegen Juni 1951 um 14%), die Netto-Tonnenkilometer um 7'5% (7'7%), die Wagenachs-Kilometer um 6'9% (1'2%) und die Zugskilometer um 4'4% (1'1%) zurück. Die Abnahme der Verkehrsleistung pro Arbeitstag um 3 bis 5% beruht vorwiegend darauf, daß weniger Außenhandelsgüter befördert wurden; die beförderte Tonnage, auf die rund 30% von der gesamten Transportmenge entfallen, ging in der Einfuhr um 11'7% und in der Ausfuhr um 6'2% zurück.

Die Wagenlage war infolge der geringeren Transportraumnachfrage günstig. Der Bedarf konnte an gedeckten Wagen voll, an Hochbordwagen zu 96'6% und insgesamt zu 97'2% gedeckt werden. Die Wagenumlaufzeit betrug 5'2 Tage, die aus dem Betrieb gezogenen Schadwagen (Vollspur) im Tagesdurchschnitt 4.064 Wagen. Die Bruttolast je Güterzug war mit 584'4 t etwas geringer als im Mai mit 597'1 t.

Der Rückgang in der Verladung erstreckte sich auf alle Güterarten. Das Monatsergebnis wurde am stärksten von den Kohle-, Holz-, Eisen- und Erztransporten beeinflusst, für die 9.055 weniger Wagen gestellt wurden, d. s. 58% der gesamten Abnahme. Je Arbeitstag betrug der Rückgang bei diesen Gütern jedoch nur 193 Wagen oder 8'3% gegen 15'6% im Monatsergebnis. Die Betriebsleistung (Brutto-Tonnenkilometer) entwickelte sich in den einzelnen Direktionsbezirken sehr unterschiedlich. Während sie im Villacher Bezirk fast gleich hoch war wie im Mai und im Innsbrucker sogar stieg, ging sie im Wiener und Linzer Bereich um 12'4% und 9'8% zurück.

Wagenstellungen nach Güterarten
(Voll- und Schmalspur)

	März	April	Mai	Juni	Juni (+) (-) geg. Vor- monat je insges. Arbeitstag	
Insgesamt	154.990	166.232	146.878	131.281	-10'6	- 2'8
davon						
Kohle, Koks	22.783	21.525	18.312	16.809	- 8'2	- 0'3
Holz	22.858	25.583	19.316	16.529	-14'4	- 7'0
Baustoffe	20.437	26.838	22.993	21.338	- 7'2	+ 0'9
Eisen, Metalle	11.685	11.743	11.777	9.595	-18'5	-11'5
Papier, Zellstoffe	4.755	4.328	4.400	3.972	- 9'7	- 1'7
Erze	7.453	7.012	8.476	5.893	-30'5	-24'4
Kunstdünger	4.146	4.678	1.904	882	-53'7	-49'6
Nahrungsmittel	9.009	9.636	8.244	6.818	-17'3	-10'1
Stückgut	27.855	28.204	27.250	24.940	- 8'5	- 0'5
Sammeltgut	2.846	4.563	3.523	3.407	- 3'3	+ 5'1
Anderere	21.163	22.122	20.683	19.098	- 7'7	+ 0'4

Im Personenverkehr hat sich infolge der drei Feiertage die Frequenz stark belebt, obwohl normal von Mai auf Juni die Reisetätigkeit leicht zurückzugehen pflegt. Die Zahl der verkauften Karten lag mit 6'0 Mill. um 11'2% höher als im Mai und um 12'6% über dem Juniergebnis 1951. Das Platzangebot wurde, vor allem durch längere Zugsgarnituren, weniger durch zusätzliche Zugspaare, der höheren Reisefrequenz angepaßt. (Die Wagenachs- und Brutto-Tonnenkilometer sind um 10'7% und 10'9%, die Zugskilometerleistung jedoch nur um 2'8% gestiegen.) Immerhin hat sich auch die Betriebsleistung der Sonderzüge von Mai auf Juni um 14'2% erhöht (Brutto-Tonnenkilometer); ihr Anteil an der Gesamtleistung ist freilich mit 2'4% sehr gering.

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im 1. Halbjahr 1952 überschreiten sowohl im Güter- wie

Personenverkehr die vom 1. Halbjahr 1951; auch die einzelnen Quartalsergebnisse liegen höher als im Vorjahr, wobei allerdings die größte Steigerung auf das I. Quartal entfällt. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als das 1. Halbjahr 1951 noch teilweise unter dem Einfluß der Koreakonjunktur stand und außerdem die Tarifierhöhungen¹⁾ einen Rückgang der Frequenz vermuten ließen. Selbst im Transitverkehr, der durch die Konkurrenz der Nachbarstaaten besonders gefährdet ist, wurden um knapp 15% mehr Güter befördert. Im Reiseverkehr stieg trotz den fühlbaren Fahrpreiserhöhungen vom 1. September 1951 die Zahl der verkauften Karten um 7%. Der größeren Reisefreudigkeit — aber auch um der Autokonkurrenz zu begegnen — ist die ÖBB durch eine höhere Zugsdichte, insbesondere bei den beliebten Triebwagenzügen, entgegengekommen; die Steigerung der Zugs- und Wagenachskilometer um 13,8 bzw. 15% zeigt dies. Dank dem höheren Platzangebot waren in Zeiten der Verkehrsspitzen die Züge nicht mehr so überfüllt, wie in den vergangenen Jahren. Auch die Neueinstellung gepolsterter 3.-Klasse-Wagen und Triebwagen mit geräumigeren Sitzplätzen hat die Bequemlichkeit des Reisens erhöht.

Verkehrsleistungen im 1. Halbjahr 1952

	I. Quartal	II. Quartal	1. Halbjahr	1. Halbjahr 1951=100
Güterverkehr				
Netto-t-km (in Mill.)	1.727,2	1.633,1	3.360,3	106,4
Zugskilometer (in 1.000)	5.671,5	5.639,5	11.311,0	105,4
Wagenachskilometer (in Mill.)	353,8	351,1	704,9	104,5
Wagenstellungen ²⁾	5.774,0	5.862,0	5.818,0	103,2
Transit t-km (in Mill.)	205,1	206,1	411,2	108,7
Transit t (in 1.000)	776,7	803,0	1.579,7	114,8
Reiseverkehr				
Verkaufte Karten (in 1.000)	14.743	16.572	31.315	107,3
Zugskilometer (in 1.000)	9.235,7	9.724,6	18.960,3	113,8
Wagenachskilometer (in Mill.)	152,2	166,2	318,4	115,0

¹⁾ Arbeitstüchlich.

Aus der Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen im 1. Halbjahr ist der Entschluß, unrentable Nebenstrecken stillzulegen, besonders hervorzuheben. Die Bahn erspart dadurch Geld und Betriebsmittel, die zweckmäßiger auf gut frequentierten Strecken eingesetzt werden können. Auch gesamtwirtschaftlich ist es vorteilhaft, die Verkehrsbedienung im Nahverkehr (in verkehrsschwachen Zeiten) und im Flächenverkehr schwach frequentierter Verkehrsräume dem Straßenverkehr zu überlassen, der auch hier noch mit Gewinn, oder zumindest mit erheblich geringeren Verlusten arbeiten kann als die Eisenbahn mit ihren

²⁾ Am 1. Juli 1951 wurden die Ausnahmetarife im Güterverkehr, am 1. September 1951 die Personentarife und am 1. Mai 1952 die Gütertarife erhöht.

hohen fixen Kosten. Die Stilllegung dieser Strecken ist daher ein nützlicher Beitrag zur Koordinierung des Verkehrs in Österreich, der um so mehr zu beachten ist, als auf diesem Gebiet bisher nur wenig geleistet wurde. So enthalten insbesondere die Verkehrsgesetze vom 1. Mai 1952 nahezu überhaupt keine Ansatzpunkte für eine Verkehrskoordinierung, obwohl diese Fragen seit dem Jahre 1947 im Mittelpunkt aller Verhandlungen zwischen ÖBB und Bundeswirtschaftskammer standen.

Der *Fremdenverkehr* belebte sich im Juni saisonüblich sehr stark; die Zahl der gesamten Übernachtungen war mit 1,56 Mill. um 70,6% höher als im Mai und fast gleich hoch wie im Juni 1951 (1,50 Mill.). Die Ausländerfrequenz stieg gegen 1951 um 17,4%, während der Inländerverkehr etwas schwächer war. Die ersten beiden Monate der Sommersaison schließen gegen 1951 im Ausländerverkehr mit plus 11,6%, im Inländerverkehr mit minus 3,4% und im Gesamtverkehr mit plus 0,9% ab.

Der weitere Verlauf der Sommersaison kann schwer beurteilt werden, da nicht genügend repräsentative Vorausbuchungen vorliegen. Allgemein herrscht der Eindruck, die Saison sei schwächer als im Jahre 1951. Nach den bisherigen Ergebnissen mag dies für den gesamten Fremdenverkehr zutreffen. Im Ausländerverkehr ist jedoch zu berücksichtigen, daß heuer die Gäste aus Deutschland weitaus dominieren und diese vielfach nicht die bekannten Fremdenverkehrszentren, sondern entlegene und billigere Gegenden bevorzugen. Außerdem sind viele deutsche Besucher Touristen, deren Zahl überhaupt nicht abgeschätzt werden kann. Die pessimistischen Meldungen von den bisherigen Hauptpunkten des Fremdenverkehrs vermitteln daher nicht unbedingt ein zutreffendes Bild.

Allgemein dürfte jedoch die Erfahrung der Wintersaison (siehe Monatsberichte Nr. 6, 1952), wonach der österreichische Fremdenverkehr einen gewissen Sättigungspunkt erreicht hat, auch für das Sommerhalbjahr 1952 zutreffen. Eine weitere Steigerung der Besuche aus dem Inlande scheidet vielfach nicht an den Preisen, sondern an der völlig ungenügenden Werbung für fremdenverkehrswirtschaftlich weniger erschlossene und billige Gebiete²⁾. In Ar-

²⁾ Die Werbung der privaten Reisebüros erstreckt sich fast ausschließlich auf relativ teure Arrangements. Es gibt in Österreich aber landschaftlich schöne, wenn auch entlegene Gebiete, die mit Preisen von 25 bis 33 S (siehe Monatsberichte Nr. 5, 1952) für weite Bevölkerungskreise erschwinglich wären. Die von den Landesstellen herausgegebenen Prospekte besitzen nur geringe Werbekraft und kommen an die neu zu gewinnenden Bevölkerungskreise meist gar nicht heran.

beiterkreisen, deren Kaufkraft im Vergleich zur Vorkriegszeit vielfach gestiegen ist (höheres Familieneinkommen), wird fast gar nicht geworben.

Im Ausländerfremdenverkehr beginnen allerdings mehr und mehr die hohen Preise in den führenden Fremdenverkehrsgebieten und ein nicht immer seriöser Kundendienst die Gäste abzuschrecken. In keinem anderen Fremdenverkehrslande gibt es so große Preisdifferenzen für eine Tagespension (25 bis 300 S) wie in Österreich. Die österreichischen Arrangements erster und zweiter Klasse bieten vielfach auch weniger als anderswo. Es kommt ja nicht nur auf die Ausstattung des Hauses an, in dem man wohnt und speist, sondern auch noch auf zahlreiche andere Dienstleistungen, die man im Orte oder in der näheren Umgebung in Anspruch nimmt. Der Fremde erwartet ein Milieu, in dem er sich wohlfühlen und erholen kann. Hier aber ist noch viel zu tun und viel Erziehungsarbeit zu leisten, wenn Österreich ein erstrangiges Fremdenverkehrsland werden will. Fürs erste wird man um eine Senkung der Preise nicht herumkommen, wenn man die Frequenz in den devisabringenden Zentren weiter steigern will. Der Gast aus dem Ausland erwartet aber auch, daß die Preise, mit denen er rechnen zu können glaubte, wirklich eingehalten werden, und es muß ihn befremden und verärgern, wenn er sich einer Geschäftstüchtigkeit gegenüber sieht, die er in einem Lande, dessen Kultur er schätzt, nicht erwartet hätte.

Der Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1952

	1. Halbjahr 1952	1. Halbjahr 1951	1952 = 100
Gemeldete Fremde (1.000)	1.456'5	1.412'7	103'1
davon Inland	1.008'6	1.029'9	97'9
Ausland	447'9	382'8	117'0
Übernachtungen (1.000)	5.860'5	5.693'1	102'9
davon Inland	3.690'5	3.753'3	98'3
Ausland	2.170'5	1.939'8	111'9
Übernachtungsdauer (Tage)	4'0	4'0	100'0
davon Inland	3'7	3'6	102'8
Ausland	4'9	5'1	96'1

Die *Deviseneinnahmen* aus dem Fremdenverkehr betragen von Jänner bis Juli 1952 377'4 Mill. S (1. Halbjahr 201'3 Mill. S), d. s. um 49'1% mehr als im Jahre 1951. Die Einnahmen in den ersten drei Monaten der Sommersaison (Mai bis Juli) waren mit 271'1 Mill. S um 63'3% höher als im Jahre 1951 (im Juli allein sogar um 87'1%). Zumindest die Deviseneinnahmen rechtfertigen nicht die Klagen über eine schwache Sommersaison. Mit mehr Berechtigung könnten die ausländischen Gäste unzufrieden sein, denn ein erheblicher Teil der Mehreinnahmen an Devisen resultiert aus Preissteigerungen seit Juni 1951. Tatsächlich sind vor allem die Tagesausgaben pro

Fremden, nicht so sehr die Zahl der Übernachtungen gestiegen.

Die *Devisenausgänge* für den Reiseverkehr (einschließlich Geschäftsverkehr) betragen in den ersten sieben Monaten 1952 79'0 Mill. S, d. s. um 34'4% mehr als im Vorjahre. Die Steigerung der Ausgänge war also erheblich geringer als die Zunahme der Eingänge. Der *Devisensaldo* aus dem Reiseverkehr hat sich von 194'3 Mill. S im Jahre 1951 auf 298'5 Mill. S im Jahre 1952 (Jänner bis Juli), d. s. um 53'6% erhöht. Die österreichische Zahlungsbilanz wurde also im Jahre 1952 durch Reisen von Österreichern ins Ausland relativ weniger belastet als im Jahre 1951. Im übrigen ist der überwiegende Teil der Auslandsreisen Geschäftsreisen. Für Kuraufenthalte im Ausland²⁾ dürfte höchstens 5 bis 8% der Deviseneingänge ausgegeben worden sein. Unter diesen Voraussetzungen scheint es zunächst kaum notwendig, die Reisen von Österreichern ins Ausland zusätzlich einzuschränken. Eine solche Maßnahme wäre auch deshalb problematisch, weil Länder, die es mit der Liberalisierung und europäischen Integration ernst meinen, kaum geneigt sein dürften, seitens Österreichs, das mit einer gewissen Selbstverständlichkeit einen immer stärkeren Zustrom von Gästen aus dem Auslande erwartet, eine so engherzige Devisenpolitik auf die Dauer stillschweigend hinzunehmen. Soweit die wachsende Neigung vieler Österreicher, den Urlaub im Ausland zu verbringen, darauf zurückgeht, daß man im Inlande vielfach zu teuer und zu wenig sorgfältig bedient wird, wäre der Hebel bei den österreichischen Fremdenverkehrsbetrieben anzusetzen. Das beste ist auch der Wettbewerb, der zu höheren Leistungen anspornt und zu billigeren Preisen nötigt und damit am sichersten Gäste aus dem In- und Auslande anzieht²⁾.

Devisenbilanz des Reiseverkehrs¹⁾

	Eingänge	Ausgänge	Überschuß
	in 1.000 S		
1950	214.570	52.368	162.202
1951	485.721	117.334	368.387
1952 I.—VII.	377.423	78.959	298.464
1951 I.—VII. = 100. ...	149'1	134'4	153'6

¹⁾ Einschließlich Geschäftsverkehr.

²⁾ Wer als Tourist ins Ausland reist, erhält offiziell überhaupt keine Devisen, sondern darf nur einen Betrag von 1.000 S mitnehmen. Nur für Kuraufenthalte werden gegen ärztliche Bestätigung Devisen genehmigt.

²⁾ Die zunehmenden Ausreisen nach Italien und Jugoslawien entsprechen einer alten Tradition. Auch vor dem Krieg war der Devisensaldo aus dem Reiseverkehr mit diesen Ländern meist passiv; er machte jedoch ebenso wie heute nur einen Bruchteil des Aktivums aus, das mit anderen Ländern erzielt wird.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im Juni ist die *Ausfuhr* um 40·1 Mill. S auf 885·7 Mill. S und die *Einfuhr* um 89·8 Mill. S auf 1.340·1 Mill. S gestiegen. Der Einfuhrüberschuß von 454 Mill. S (im Mai 405 Mill. S) erreichte fast ein Drittel der Gesamteinfuhr. Im kommerziellen Verkehr allein betrug der Einfuhrüberschuß 282 Mill. S.

Die Verschlechterung der *Handelsbilanz* im Juni ist ausschließlich auf eine Verschiebung der Austauschrelationen zwischen Import- und Exportpreisen zurückzuführen. Während die durchschnittlichen Importpreise um 7·6% stiegen, fielen die durchschnittlichen Exportpreise um 5·6%. Damit nahm der Einfuhrwert stärker zu als der Ausfuhrwert, obwohl das Einfuhrvolumen mit 114% von 1937 unverändert blieb und das Ausfuhrvolumen von 93% auf 104%, also um 12% stieg. Hätten sich Export- und Importpreise nicht verändert, wäre der Einfuhrüberschuß um nahezu 100 Mill. S niedriger gewesen als im Mai¹⁾.

Wir haben in unserem letzten Monatsbericht (S. 157) darauf hingewiesen, daß die Verbesserung der internationalen Austauschrelationen — von 73 (Mai 1951) auf 97 (Mai 1952), also um nicht weniger als 33% — einer der Gründe sei, warum der starke Rückgang des österreichischen Exportes bisher noch nicht in vollem Umfang fühlbar geworden ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Zahlen im Juni wieder einen Wendepunkt in der für Österreich günstigen Entwicklung in den vergangenen Monaten darstellen, in denen die Weltmarktpreise für Rohstoffe, die Österreich in größerem Umfang einführen muß, weniger stark stiegen als die Preise für Österreichs Ausfuhrgüter. Jedenfalls dürften die noch zu relativ hohen Preisen abgeschlossenen Exportaufträge bereits weitgehend abgewickelt worden sein und die anhaltend scharfe Konkurrenz auf den Weltmärkten die österreichischen Exporteure zwingen, bedeutende Preiszugeständnisse zu machen, während der Preisauftrieb bei wichtigen Rohstoffen, die Österreich einführen muß, weitgehend zum Stillstand gekommen sein dürfte.

¹⁾ Die Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr werden durch Division von Wertindex und Volumenindex auf Basis 1937 gewonnen; sie sind Indizes, deren Gewichtung von Monat zu Monat je nach der Zusammensetzung des Außenhandels schwankt. Sie steigen (fallen) daher auch, wenn alle Einzelpreise im Vergleichszeitraum unverändert geblieben sind, sofern sich die Struktur des Außenhandels zugunsten von Waren verschiebt, deren Preise gegenüber der Basis (1937) besonders stark (schwach) gestiegen sind.

Die leichte Belebung der Ausfuhr im Juni war ausschließlich höheren Exporten von „NE-Metallen“ und „Eisenwaren“ (Gruppen des Brüsseler Schemas) zu verdanken. An NE-Metallen wurden im Juni um 4·1 Mill. S und an Eisenwaren um 18·7 Mill. S mehr ausgeführt als im Mai. Die in den letzten Monaten stark rückläufige Ausfuhr von Textilien und Bekleidungsgegenständen hielt sich im Juni mit 74·7 Mill. S etwa auf der Höhe der Vormonate (77·3 Mill. S im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1952). Hingegen ist die Papiausfuhr hauptsächlich wegen niedriger Preise weiter gesunken und lag mit 49·0 Mill. S beträchtlich unter dem durchschnittlichen Monatsergebnis der ersten fünf Monate 1952 (66·2 Mill. S).

Die Zunahme des Einfuhrwertes geht in erster Linie auf höhere Einfuhren von Nahrungs- und Futtermitteln zurück. Insbesondere die Einfuhr von Mais wurde forciert, weil man durch ein ausreichendes Angebot von Futtermitteln verhindern will, daß Brotgetreide aus der neuen Ernte verfüttert wird. Die Einfuhr von industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere von Kohle, ist zurückgegangen.

Im *Zahlungsverkehr* mit der europäischen Zahlungsunion stieg das Defizit von 1·3 Mill. \$ im Mai auf 2·3 Mill. \$ im Juni. Es erreichte damit im 2. EZU-Jahr (Juli 1951 bis Juni 1952) eine Höhe von insgesamt 38·3 Mill. \$.

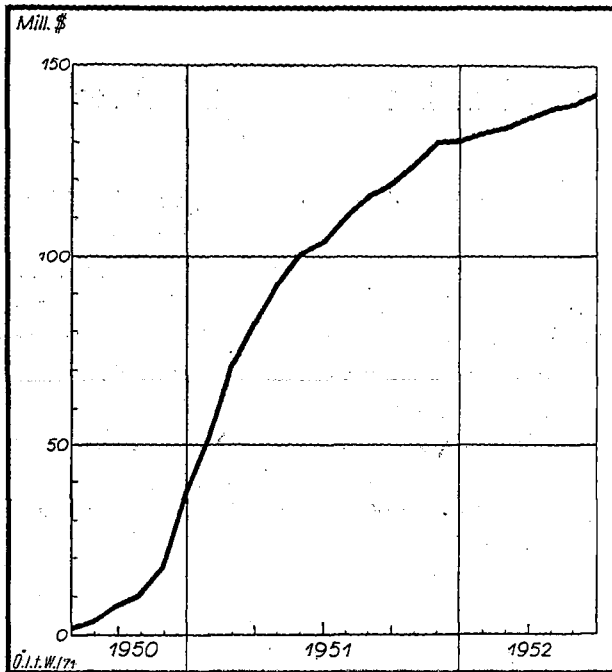
Zählt man hierzu das Defizit des Jahres 1950/51 von 104·1 Mill. \$, so erhält man ein Gesamtdefizit seit Bestehen der EZU von 142·5 Mill. \$²⁾, das ist mehr als das Doppelte der für Österreich festgesetzten Quote (70 Mill. \$³⁾, die in „normalen“ Zeiten zur Deckung vorübergehender Fehlbeträge im Verkehr mit Westeuropa ausreichen sollte. Dieses Defizit wurde, nachdem man Österreich als „strukturellem Schuldner“ eine Sonderstellung eingeräumt hatte, durch die Bereitstellung einer „Ausgangsposition“ von 80 Mill. \$, durch 45 Mill. \$ ERP-Mittel und nur in der Höhe von 17·5 Mill. \$ durch Goldzahlungen gedeckt. Wäre für Österreich keine Sonderregelung getroffen worden, hätte es also so wie andere Staaten nur über seine Quote und nicht über eine Ausgangsposition noch über ERP-Zuschüsse verfügt, so hätte es zur

²⁾ Dieses Nettodefizit setzt sich aus bilateralen Überschüssen im Betrag von 70·8 Mill. \$ und bilateralen Defiziten im Betrag von 213·3 Mill. \$ zusammen.

³⁾ Griechenland und die Türkei haben ein noch schlechteres Verhältnis zwischen Defizit und Quote. Bei Griechenland beträgt das Gesamtdefizit nahezu das Fünffache, bei der Türkei mehr als das Dreifache der Quote.

Österreichs Defizit gegenüber der Europäischen Zahlungsunion

(Normaler Maßstab; in Millionen Dollar)



In den ersten zwei Jahren des Bestehens der EZU (Juli 1950 bis Juni 1952) hatte Österreich gegenüber diesem Zahlungsraum ein ständiges Defizit aufzuweisen. Besonders stark stieg es gegen Ende 1950 und Anfang 1951, als größere Rohstoffkäufe bei steigenden Preisen die Zahlungsbilanz verschlechterten. Seither gelang es, das Defizit allmählich zu verringern und der monatliche Zuwachs im ersten Halbjahr 1952 war bereits bedeutend geringer als im Jahre 1951. Ende Juni 1952 hatte das Gesamtdefizit eine Höhe von 142,5 Mill. Dollar erreicht. Im Juli erzielte Österreich gegenüber den EZU-Staaten zum erstenmal einen Überschuss und zwar im Ausmaß von 6,1 Mill. Dollar.

Deckung des Defizites 100,4 Mill. \$ in Gold oder effektiven Dollars bezahlen müssen¹⁾.

Angesichts der schwierigen Zahlungsbilanzsituation Österreichs, die sich nicht nur in einem großen

¹⁾ Angesichts der knappen Devisenvorräte der österreichischen Wirtschaft wäre es natürlich unmöglich gewesen, diese Zahlungen zu leisten. Österreich hätte vielmehr seine Importe aus den EZU-Ländern stark einschränken müssen.

Gesamtdefizit, sondern auch darin ausdrückt, daß Österreich bisher in jedem Monat ein Defizit gegenüber der EZU aufzuweisen hatte²⁾, wurde Österreich neben Griechenland für das dritte EZU-Jahr (1952/53) neuerlich eine Sonderstellung eingeräumt. Über Wunsch der österreichischen Regierung, die sich bis zur definitiven Festsetzung der amerikanischen Hilfe nicht binden wollte, wurde zunächst nur ein Provisorium für drei Monate (Juli bis Oktober 1952) geschaffen. Österreich erhält für diesen Zeitraum einen Sonderkredit der EZU von 4 Mill. \$ (im II. Quartal 1952 betrug das Defizit gegenüber der EZU 5,7 Mill. \$). Dieser braucht erst im Oktober, wenn die Höhe der US-Hilfe bereits bekannt sein wird, zurückgezahlt werden.

Inzwischen ist die Zahlungsbilanzsituation Österreichs bei der EZU im Monat *Juli* bekannt geworden. Zum ersten Male seit Bestehen dieser Institution weist Österreich, vor allem dank erhöhten Deviseneinnahmen im Fremdenverkehr, ein Aktivsaldo (6,1 Mill. \$) aus. Die weitaus meisten Devisen brachten die Gäste aus Deutschland, die der Nationalbank im Monat Juli rund 10 Mill. DM einbrachten. Auch der Rückgang bestimmter Importe (Kohle) und geringere Frachtzahlungen im Bahnclearing (weitgehender Wegfall der Durchfuhrfrachten für US-Kohle) haben die Zahlungsbilanz im Juli namhaft entlastet. Einige dieser Faktoren sind wohl nur saisonbedingt oder einmalig. Trotzdem rechnet man auch für August noch mit einem Aktivsaldo von 5 bis 6 Mill. \$. Erst im September dürfte wieder ein leichtes Defizit entstehen. Jedenfalls hofft man, im III. Quartal 1952 mit einem Aktivsaldo von rund 10 bis 11 Mill. \$ abschließen zu können. Von Oktober bis einschließlich Juni 1953 dürfte allerdings wieder monatlich ein Defizit in Höhe von etwa 2 Mill. \$ entstehen.

²⁾ Das gilt allerdings mit einer kleinen Ausnahme auch für Griechenland und Island, die nur ein- bzw. zweimal geringe Überschüsse aufzuweisen hatten.